Deutscher Bundestag **Drucksache 19/16840**

19. Wahlperiode 28.01.2020

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

64. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 16. bis 19. November 2018 in Halifax, Kanada

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1	**Mitglieder der deutschen Delegation**	2
2	**Ablauf der Tagung**	2
3	**Politischer Ausschuss (PC)**	2
4	**Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)**	7
5	**Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)**	14
6	**Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)**	21
7	**Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)**	24
8	**Plenarsitzung**	26
Abkürzungsverzeichnis		30
Anlagen: Entschließungen 445 bis 453		31

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Mitglieder der deutschen Delegation

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),
Abgeordnete Michaela Noll (CDU/CSU),
Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),
Abgeordnete Katrin Staffler (CDU/CSU),
Abgeordnete Dagmar Freitag (SPD),
Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),
Abgeordneter Thomas Hitschler (SPD),
Abgeordneter Dr. Roland Hartwig (AfD),
Abgeordneter Gerold Otten (AfD),
Abgeordneter Marcus Faber (FDP).

Bundesrat:

Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,
Innenminister George Maier (Thüringen),
Innenminister Karl-Heinz Schröter (Brandenburg).

2. Ablauf der Tagung.

Die Sitzungen der Fachausschüsse fanden am Samstag, 17. November 2018, und am Sonntag, 18. November 2018, statt. Das Plenum tagte am Montag, 19. November 2018. In den Ausschüssen sowie im Plenum waren Schwerpunkte der Debatten die Einmischung Russlands in Wahlen und Referenden in NATO-Mitgliedsstaaten, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, der Umgang mit Cyber-Angriffen sowie hybriden Bedrohungen seitens Russlands. Für die deutsche Delegation waren die Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit zum Berichtsentwurf „Herausforderungen für die Energiesicherheit in Mittel- und Osteuropa“ im Hinblick auf die Darstellung der geplanten Pipeline Nord Stream 2 von besonderem Interesse.

Zur neuen Präsidentin wurde die Abgeordnete Madeleine Moon (Vereinigtes Königreich) gewählt. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse und Beratungen der 64. Jahrestagung der NATO PV sowie der verabschiedeten Entschließungen sind unter dem folgenden Link abrufbar: https://www.nato-pa.int/content/2018-annual-session-documents

3. Politischer Ausschuss (PC)

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 17. November, und am Sonntag, 18. November 2018, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die Stärkung des NATO-Beitrags zur Bewältigung der Herausforderungen aus dem Süden, der Iran und die regionale Sicherheit, die Rolle Chinas, die transatlantischen Beziehungen sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf die nationale Sicherheit.

Samstag, 17. November 2018

I. Beratung des Generalberichtentwurfs „Instabilität im Süden“, vorgelegt von Generalberichterstatter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) erläuterte, der Bericht befasse sich mit umfangreichen Sicherheitsfragen und deren Auswirkungen, die sich für die NATO in der südlichen Nachbarschaft ergäben. Er gab einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen in Syrien und im Irak und ging auf die Faktoren ein, die zu einer Instabilität in der Region des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA-Region) führten. Die Länder seien mit demografischen Entwicklungen, stagnierenden Volkswirtschaften sowie mit Fragen zum Umgang mit der illegalen Migration und den gewalttätigen Formen des politischen Islams konfrontiert. Die politischen Entwicklungen im Süden der Sahelzone und des Golfs von Guinea beeinflussten die regionale, volatile Sicherheitslage. Die Lage sei zunehmend unbeständiger geworden. NATO-Verbündete und Partner bezeichneten die MENA-Region als integralen Bestandteil der transatlantischen Sicherheit. Er ging auf die Lage in Libyen ein und erklärte, die vom Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen (VN), Ghassan Salamé, vorgelegte politische Lösung sei auf einem guten Weg. Als Transitland für Flüchtlinge sei Libyen für Europa von besonderer Bedeutung.

In der Aussprache über den Generalberichtsentwurf erkundigten sich die Delegierten nach der Situation in Syrien, den Stabilisierungsfortschritten in Nordafrika und in der Sahelzone sowie zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich mit der Migration aus der MENA-Region nach Europa den Verbündeten stellten. Ein türkischer Delegierter machte geltend, dass die Partei der Demokratischen Union (*Partiya Yekitîya Demokrat*, PYD) der syrische Zweig der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkeren Kurdistane*, PKK) sei. Er forderte eine entsprechende Änderung des Wortlauts in Absatz 10 des Generalberichts. Weitere türkische Delegierte zeigten sich unzufrieden mit der Darstellung der PKK und forderten deren Einstufung als Terrororganisation. Der Ausschuss einigte sich auf einen Kompromiss und nahm weitere Änderungsvorschläge der türkischen Delegation an. Hinsichtlich der Frage des Wiederaufbaus in Syrien und im Irak erklärte Generalberichterstatter **Julio Miranda Calha**, dass die NATO die Wiederaufbauanstrengungen in der Region mit NATO-Schulungsmissionen – wie die im Irak – ergänzen könnten.

II. Vortrag von Ariane Tabatabai, Politikwissenschaftlerin der RAND Corporation, zum Thema „Iran und regionale Sicherheit“

Ariane Tabatabai stellte einleitend fest, der Iran habe in den letzten zwei Jahrzehnten an Durchsetzungskraft gewonnen. Deutlich werde dies unter anderem an den in Syrien stationierten iranischen Truppen sowie an den engen Beziehungen zu anderen Gruppierungen in Nachbarländern. Sie hob hervor, dass das iranische Regime Beziehungen zu terroristischen Gruppen in der Region unterhalte, die es dem Iran ermöglichten, seine regionale Macht zu projizieren. Sowohl im Irak als auch in Syrien sei der Iran ein einflussreicher Akteur. Vor diesem Hintergrund müsse die NATO versuchen, einen Weg zu finden, wie der Einfluss des Irans für ihre Interessen eingesetzt werden könne. Sie legte dar, dass die iranische Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik nicht von oben zentral gesteuert werden würden, sondern das Ergebnis eines Machtkampfs verschiedener Machtzentren sei. Der Iran verfolge das Ziel, die Staaten in der Region daran zu hindern, zu mächtig zu werden. Gleichzeitig habe der Iran kein Interesse daran, dass Länder, wie beispielsweise Teile des Iraks, durch die Bedrohung durch die Terrorgruppe des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) zu instabilen Staaten würden. Der Iran nehme Einfluss, indem er mit Russland und China zusammenarbeite und gezielt nichtstaatliche Akteure wie beispielsweise die Hisbollah unterstütze. Sie erklärte, Russland sei inzwischen der einzige Akteur, der belastbare Beziehungen zu allen Staaten in der Region unterhalte.

In der anschließenden Debatte gingen die Delegierten auf die iranische Unterstützung von terroristischen Gruppierungen in der Region, die Zukunft des *Joint Comprehensive Plan of Action* (Gemeinsamer umfassender Aktionsplan, JCPOA – sogenanntes Iran-Nuklearabkommen) und die möglichen Auswirkungen des Rückzugs der USA aus dem JCPOA auf den Iran ein. Vorsitzender Abgeordneter **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach den finanziellen und politischen Beziehungen des Irans zu Gruppierungen in der Region. **Ariane Tabatabai** führte aus, der Iran glaube einen gewissen Einfluss auf die Hisbollah haben zu können, dies gelte aber nicht für die Huthi-Rebellen im Jemen. Sie legte dar, der Iran bemühe sich, seinen Einfluss in der Region auf- und auszubauen. Das Land ziehe es vor, ausländische Gruppen zu unterstützen, anstatt eigene mili-

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

tärische Kräfte einzusetzen. Für eine Bilanzierung der Auswirkungen der Wiedereinführung von Sanktionen gegen den Iran nach dem Ausstieg der US-Administration aus dem JCPOA sei es noch zu früh. Derzeit scheine es, als spiele Teheran bis zu den US-Präsidentschaftswahlen 2020 auf Zeit.

III. Vortrag von Vera Alexander, stellvertretende Botschafterin Kanadas bei der NATO zum Thema „Kanada und die NATO“

Einleitend erinnerte die stellvertretende Botschafterin **Vera Alexander** daran, dass nach dem Zweiten Weltkrieg multilaterale Systeme auf gemeinsamen Werten und Standards sowie einem Bekenntnis zu Pluralismus, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut worden seien. Heute müsse sich das Bündnis an ein neues Umfeld anpassen. Sie lobte die neu geschaffene NATO-Kommandostruktur, die unter anderem eine Cyber-Zelle und ein maritimes Hauptquartier beinhalte, sowie die Initiative „30-30-30-30“ als einen positiven Schritt. Sie begrüßte die Fortführung des politischen Dialogs mit Russland im NATO-Russland-Rat. In der MENA-Region unterstütze Kanada die neue NATO-Ausbildungsmission im Irak mit Personal und militärischen Mitteln. Hinsichtlich des Programms zu Frauen, Frieden und Sicherheit (*Women Peace and Security (WPS) Programme)* forderte sie von der Allianz stärkere Anstrengungen, so dass sich ein besseres Verständnis für die Perspektive von Frauen in Konflikten herausbilden und in den Planungen berücksichtigt werden könne.

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen zur Umsetzung des WPS-Programms der NATO, zur Zukunft der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (*Permanent Structured Cooperation*, PESCO) der Europäischen Union (EU) und zur Bedeutung der Einrichtung einer europäischen Armee für die NATO beraten. Botschafterin **Vera Alexander** erklärte, im Rahmen des WPS-Programms seien Fortschritte erzielt worden, dennoch müssten der Zugang und die Einbindung weiblicher Mitglieder innerhalb des Militärs in allen NATO-Mitgliedsstaaten durch die NATO und ihre Mitglieder unterstützt und gestärkt werden. Um dies zu erreichen, habe Kanada beispielsweise Regelungen für bestimmte Quoten für die Beteiligung von Frauen in Missionen eingeführt. Auf Nachfrage der Abgeordneten **Liv Signe Navarsete** (Norwegen) nach den möglichen Folgen einer stärkeren PESCO erklärte Botschafterin **Vera Alexander**, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich Verteidigung und Sicherheit sei sinnvoll, da stärkere Bündnispartner ein stärkeres Bündnis bewirkten. Die europäischen Bemühungen müssten transparent sein und die Nicht-EU-Mitglieder der NATO einbezogen werden. PESCO und andere europäische Bemühungen dürften keine Doppelstrukturen zur Folge haben, sondern sollten die bei der NATO vorhandenen ergänzen.

IV. Beratung des Berichtsentwurfs „Gefährdung der internationalen Sicherheit durch Nordkorea: Konsequenzen für die NATO“, des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, vorgelegt von Berichterstatter Gerald E. Connolly (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter Abgeordneter **Gerald E. Connolly** (Vereinigte Staaten) erklärte, der Bericht enthalte Verweise auf die jüngsten Entwicklungen, einschließlich des Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem Obersten Führer Nordkoreas Kim Jong-un sowie zum interkoreanischen Gipfeltreffen. Der Bericht gebe einen Überblick über die ballistischen Entwicklungen und die Atomwaffenprogramme der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK, Nordkorea). Der Berichterstatter verwies auf den illegalen Waffenhandel der nordkoreanischen Regierung im Nahen Osten und in Afrika. Russland und China ermöglichten den Waffelhandel, da beide Länder weder zu Sanktionen gegen einen historisch wichtigen Verbündeten noch zur Änderung ihrer strategischen Ziele bereit seien. Berichterstatter Connolly begrüßte die geplanten Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea. Er legte dar, dass bislang das Regime in Pjöngjang keine Angebote zu einer irreversiblen Bewegung in Richtung einer vollständigen Denuklearisierung vorgelegt habe. Ohne eine tiefgreifende und nachweisbare Änderung der nordkoreanischen Politik stelle das Land weiterhin eine ernsthafte Bedrohung für die Nachbarstaaten, die NATO-Alliierten und für den Weltfrieden dar. Er forderte die NATO-Mitgliedstaaten und die internationale Gemeinschaft auf, den Druck auf das Regime in Pjöngjang aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls zu erhöhen, um das Land zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen.

Während der anschließenden Diskussion ging Abgeordneter **Lee Soo-Hyuck** (Südkorea, Beobachter) auf die dynamischen Entwicklungen ein, die auf der koreanischen Halbinsel im Jahr 2018 stattgefunden hätten. Die Umsetzung der VN-Sicherheitsratssanktionen hätte zur Rückkehr Nordkoreas an den Verhandlungstisch beigetragen. Vertrauensbildung sei jetzt die absolute Priorität für die interkoreanischen Beziehungen und auch für die internationalen Entwicklungen. Diskutiert wurde zudem das Sanktionsregime und der Umgang mit Ländern, die es Nordkorea ermöglichten, es zu umgehen. In der Debatte wurde die Möglichkeit erwähnt, dass die NATO maritime

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Missionen in Nordkorea durchführen könne, um Öltransfers von Schiff zu Schiff nach Nordkorea zu stoppen. Abgeordneter **Miguel Angel Gutierrez** (Spanien) lobte die Sanktionen als wichtige praktische Schritte, um die nordkoreanischen Aktivitäten einschränken zu können.

V. Podiumsdiskussion mit Marius Grinius, Mitglied des Kanadischen Instituts für globale Angelegenheiten, und Andrea Berger, Mitarbeiterin im Middlebury Institute of International Studies und im Kanadischen Rat für Auswärtige Angelegenheiten, zum Thema „Nordostatlantische Sicherheit und die Rolle Chinas“

„China, die USA und das neue große Spiel“

Einleitend referierte **Marius Grinius** zum Thema „China, die USA und das neue große Spiel“. Er bezeichnete die aktuellen Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten als ein „großes Spiel“. Russland sei der „Junior-Partner“ von China und beide verfolgten das Ziel, die Vereinigten Staaten daran zu hindern, ihre gesamte geopolitische Macht auszuspielen. Der Ausbau des chinesischen Militärs sei besorgniserregend. Die jüngsten Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel seien als Nebenschauplatz zum „großen Spiel“ zwischen China und den Vereinigten Staaten zu betrachten. Der koreanische Staatspräsident Kim Jong-un habe trotz der zahlreichen Gipfeltreffen und abgegebenen Erklärungen nach den Olympischen Winterspielen 2018 keine belastbaren Zusicherungen gemacht. Marius Grinius zeigte sich skeptisch gegenüber der Erwartung, dass eine Vereinbarung über die nordkoreanischen Nuklearkapazitäten zustande kommen könne. Der südkoreanische Präsident Moon Jae-in nutze das Zeitfenster, um eine Vereinbarung mit dem Norden zu erzielen. Abschließend ging Marius Grinius auf den US-amerikanischen Sicherheitsansatz in Asien ein und stellte US-Präsident Trumps Verbundenheit mit dem NATO-Vertrag in Frage.

„Von Pjöngjang mit Liebe? Das nordkoreanische nukleare Problem und seine Auswirkungen auf die NATO“

Andrea Berger legte in ihrem Vortrag zum Thema „Von Pjöngjang mit Liebe? Das nordkoreanische nukleare Problem und seine Auswirkungen auf die NATO“ dar, dass sich auf der Grundlage von öffentlich zugänglichen Berichten Hinweise verdichteten, dass die nordkoreanischen Atom- und Raketenprogramme fortgesetzt würden. Kim Jong-un setze „selektive Transparenz“ ein, indem er bei Besuchen nicht das gesamte Arsenal zugänglich mache. Das Regime erhoffe sich Zugeständnisse von den Vereinigten Staaten. Der Ansatz der Trump-Regierung habe sich weiterentwickelt und gehe mittlerweile nicht mehr von einem „großen Handel“ aus, sondern die US-Administration sei sich der sehr langsamen Fortschritte bewusst. Die erfolgte Einstellung der gemeinsam mit Südkorea durchgeführten Militärübungen der Amerikaner nach dem Gipfel von Singapur sei bei den asiatischen Verbündeten der Vereinigten Staaten nicht unbemerkt geblieben. Nach wie vor zähle Nordkorea weltweit zu den aktivsten Waffenexporteuren und verkaufe zwar veraltete Waffen an afrikanische Länder, die ballistischen und chemischen Waffen, die das Land an die Länder des Nahen Ostens verkaufe, seien jedoch modern. Die NATO müsse diese Waffensysteme besser kontrollieren und sich besser gegen die nordkoreanischen Cyber-Aktivitäten schützen.

In der sich anschließenden Debatte berieten die Delegierten den Stand der bilateralen Beziehungen zwischen Nordkorea und China. Konsens bestand dahingehend, dass für Pjöngjang das Überleben des Regimes der Hauptgrund für den Erwerb von Atomwaffen sei. Mit Hilfe des Atomwaffenarsenals könne sich Nordkorea vom politischen und möglicherweise militärischen Schutz Chinas unabhängig machen. Darüber hinaus ermögliche das Nuklearsenal dem Regime eine Art „Sicherheitsasymmetrie", die die Unterlegenheit bei den konventionellen militärischen Waffen gegenüber Südkorea ausgleiche. Der südkoreanische Botschafter in Kanada erklärte, er stimme zu, dass die nordkoreanische Absicht, Atomwaffen zu bauen, unverändert fortbestehe. Es sei jedoch wichtig, weiterhin zu versuchen, Nordkorea in einen Dialog einzubinden. Wenn keine Fortschritte erzielt würden, würde Nordkorea eine aggressive Haltung einnehmen, was zu einer militärischen Konfrontation führen könne.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Sonntag, 18. November 2018

VI. Vortrag von Carol Dumaine, Lehrbeauftragte der Johns Hopkins Universität, zum Thema „Nationale Sicherheit in einer klimagestörten Welt überdenken“

Carol Dumaine ging einleitend auf den jüngsten Bericht des VN-Weltklimarats (*Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC) ein, in dem nachgewiesen werde, dass bis 2030 die CO_2-Belastung um 45 Prozent gesenkt werden müsse, um die schlimmsten Szenarien des Klimawandels zu verhindern. Sie betonte, hinsichtlich der wahrscheinlichen Auswirkungen des Klimawandels, einschließlich des Biodiversitätsverlusts, sei der Bericht alarmierend. Der Klimawandel verstärke bereits vorhandene Bedrohungen für die Sicherheit und müsse daher als eine globale Bedrohung angesehen werden. Phänomene wie steigende Meeresspiegel und ausgedehnte Dürren führten zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise und seien eine Ursache für die verstärkte Migration. Der Umgang mit dem Klimawandel müsse auf globaler Ebene durch globale Zusammenarbeit erfolgen. Sie forderte die Versammlung zu einem höheren Engagement im Kampf gegen den Klimawandel auf.

In der Aussprache diskutierten die Mitglieder die Notwendigkeit, politische Willensbildungsprozesse so zu beeinflussen, dass sich die Politiker stärker als bisher geschehen für die Entwicklung und den Einsatz von emissionsärmeren Maßnahmen einsetzten. **Carol Dumaine** appellierte an die Delegierten, aktiv zu werden. Vor allem die in der Vergangenheit einen Großteil der Emissionen produzierenden Industrieländer seien jetzt in der Pflicht, die Führung zu übernehmen. Sie sprach von kurzfristigen Interessen und langfristiger Verantwortung und forderte die politischen Entscheidungsträger auf, Klimaprobleme ernst zu nehmen. Auf Frage des Vorsitzenden Abgeordneten **Michael Gapes** (Vereinigtes Königreich) legte sie die Wahrscheinlichkeit dar, dass die Auswirkungen des Klimawandels zu Migrationswellen und bewaffneten Konflikten führen könnten, und verwies auf die bereits signifikant gestiegene klimawandelbedingte Armut.

VII. Vortrag von Stanley Sloan, Atlantic Council, zum Thema „Turbulenzen und Umschwünge in transatlantischen Beziehungen“

Stanley Sloan erklärte, die Werte, die die Basis für die Gründung der Allianz gewesen seien, würden von äußeren Feinden der Demokratie und von inneren Befürwortern eines rechtsradikalen Nationalismus herausgefordert werden. Die Kombination dieser negativen Kräfte untergraben die NATO, die EU und die Kohärenz der transatlantischen Gemeinschaft. Die Reaktion der NATO-Alliierten auf diese Bedrohungen bestimme nicht nur die Zukunft des Bündnisses, sondern auch den Bestand der westlichen Werte. Die NATO sei sowohl ein politisches als auch ein militärisches Bündnis und kein „schlechtes Geschäft", weder für die Vereinigten Staaten noch für die transatlantischen Alliierten. Herzstück der Allianz bilde die kollektive Verteidigungsverpflichtung des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags. Dessen Glaubwürdigkeit hänge nicht nur von der militärischen Stärke, sondern auch vom nationalen politischen Willen ab, sie einzusetzen. Er warnte vor den Auswirkungen russischer Einflusskampagnen in den sozialen Medien, die auf beiden Seiten des Atlantiks Politiker in ihren Bestrebungen unterstützten, die transatlantischen Beziehungen und die westlichen Werte zu untergraben. Die russischen Kampagnen und Cyber-Angriffe hätten einen fruchtbaren Boden für rechtspopulistische Politiker und Parteien geschaffen. Dieser Bedrohung könne nicht allein mit sicherheitspolitischen Maßnahmen begegnet werden, sondern erfordere politische, wirtschaftliche und finanzielle Reformen.

In der anschließenden Diskussion erörterten die Delegierten die Bedeutung des Artikels 5 des Nordatlantikvertrages und die Frage, ob dessen Relevanz durch die Erweiterung des Bündnisses verwässert werde. Einigkeit bestand darin, dass Artikel 5 weiterhin der Eckpfeiler des Bündnisses bleibe. Ferner wurde der Stand der transatlantischen Beziehungen in der Zeit der Präsidentschaft von Donald Trump beraten. Auf Frage von **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) gestand **Stanley Sloan** zu, dass einige öffentliche Äußerungen des US-Präsidenten Fragen hinsichtlich des Engagements der US-Regierung für das Bündnis aufgeworfen hätten. Er betonte jedoch die überwältigende Mehrheit für eine Unterstützung der NATO im amerikanischen Kongress.

VIII. Beratung des Berichtsentwurfs „Sicherheit im Westbalkan“, des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, vorgelegt von Berichterstatterin Senatorin Raynell Andreychuk (Kanada)

Zu Beginn gab Berichterstatterin Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) einen Überblick über das Sicherheitsumfeld in den westlichen Balkanstaaten und ging auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen ein, mit denen die Länder der Region konfrontiert seien. Der Bericht zeige die erzielten Fortschritte sowie

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die noch zu erledigenden Aufgaben auf. Sie mahnte, die EU und das Bündnis dürften die positive Entwicklung, die die demokratischen Regierungsformen im westlichen Balkan durchlaufen, nicht für selbstverständlich nehmen. Sie warnte davor, dass ein entstehendes Vakuum von Kräften mit einer entschieden antidemokratischen und antiwestlichen Agenda gefüllt werden könne. Die Berichterstatterin legte dar, dass eine neue Krise in den westlichen Balkanstaaten sich schwerwiegend auf die Sicherheit und Stabilität in Europa auswirken könne. Die fortgesetzte militärische Präsenz der NATO und ihr politisches Engagement mit den Partnerländern seien für die regionale Stabilität von entscheidender Bedeutung. Die EU müsse auf die Bewerberländer Druck ausüben, damit diese die Reformprozesse fortsetzten und erforderlichenfalls verstärkten.

In der anschließenden Aussprache erkundigten sich die Mitglieder nach den Aussichten für einen Beitritt Serbiens zur EU und dem Dialog zwischen Belgrad und Pristina. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Umgang mit Ländern wie Russland und China, die in den westlichen Balkanstaaten politisch, wirtschaftlich und kulturell aktiv seien. Einigkeit bestand darin, dass EU und NATO eine aktive Rolle bei der Förderung und Umsetzung von Reformen in der Region spielen müssten. Aufgrund der geografischen Lage sei die Sicherheit des westlichen Balkans für die europäische Stabilität von entscheidender Bedeutung.

IX. Beratung der Änderungsanträge und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Stärkung des Beitrags der NATO zur Bewältigung der Herausforderungen aus dem Süden“, vorgelegt von Generalberichterstatter Abgeordneter Julio Miranda Calha (Portugal)

Generalberichterstatter **Julio Miranda Calha** (Portugal) stellte den Entschließungsentwurf vor. Anschließend diskutierte der Ausschuss über die Entschließung.15 Änderungsanträge wurden beraten und abgestimmt.

Der Entwurf der Entschließung wurde in geänderter Fassung angenommen.

X. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzender des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), fasste die Tätigkeiten des Unterausschusses im Jahr 2018 zusammen und gab einen Überblick über die geplanten Aktivitäten und Besuche des Ausschusses und des Unterausschusses im Jahr 2019.

XI. Wahl der Mandatsträger

Die zur Wiederwahl berechtigten Ausschussmitglieder wurden wiedergewählt. Zum Vorsitzenden des Politischen Ausschusses wurde **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich), zu dessen Stellvertretern Abgeordneter **Thomas Marino** (Vereinigte Staaten) und Abgeordnete **Liv Signe Navarsete** (Norwegen) gewählt. Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ wurde Abgeordneter **Miro Kovac** (Kroatien), zu dessen Stellvertreter Abgeordneter **Ahmet Berat Conkar** (Türkei) gewählt. Abgeordnete **Jennifer Gonzalez-Colon** (Vereinigte Staaten) wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ gewählt. Zum Mitglied des Interparlamentarischen NATO-Ukraine Rates wurde Abgeordnete **Liv Signe Navarsete** (Norwegen) berufen.

4. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 17. November 2018, und am Sonntag, 18. November 2018, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten), der den nicht anwesenden Ausschussvorsitzenden Ojars Eriks Kalnins (Lettland) vertrat. Schwerpunkte der Diskussionen waren die Themen Lastenteilung, der Umgang mit der Russischen Föderation und die aktuelle Lage in Afghanistan.

I. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Afghanistan: zum Komplex der lokalen und regionalen Sicherheit“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Abgeordneter Wolfgang Hellmich (Deutschland)

Sonderberichterstatter Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (Deutschland) verwies zunächst auf die positiven Entwicklungen in Afghanistan und erklärte, die vergangenen 17 Jahre hätten für die Wirtschaft, die Gesundheitsversorgung und die Schul- und Ausbildungseinrichtungen wesentliche Verbesserungen gebracht. Zum Themenkomplex der lokalen und regionalen Sicherheit führte er aus, die NATO-Verbündeten hätten auf den Aufruf Washingtons reagiert, die Last der erforderlichen neuen Investitionen in Afghanistan gemeinsam zu tragen. 27 der 39 zur

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

NATO-Unterstützungsmission beitragenden Staaten hätten 2018 eine Aufstockung ihrer Verbände zugesagt. Die internationalen Anstrengungen konzentrierten sich weiterhin auf die zentralen Aspekte, die das Sicherheitsumfeld in Afghanistan gefährdeten. Im Mittelpunkt der Bemühungen stehe der Kampf gegen die Korruption und den Opiumhandel. 2017 sei der Handel mit Opium um 87 Prozent gewachsen. Der illegale Opiumhandel trage insofern zur Instabilität in der Region bei, als dass er die wichtigste Einnahmequelle für die Aufständischen darstelle und den bestehenden Korruptionsmustern auf entscheidende Weise Vorschub leiste. Die von Präsident Ghani 2017 eingeführte *ANDSF Road Map* (*Afghan National Defence and Securitiy Forces, ANDSF)* stelle eine dringend benötigte Vierjahres-Strategie zur Reform der afghanischen Sicherheitskräfte dar mit dem Ziel, Korruption, Desertion und Organisationschaos auf allen Ebenen zu bekämpfen, den nationalen Sicherheitskräften zu einem höheren Maß an Professionalität zu verhelfen und ihren Umfang zu erhöhen. Starke und professionelle Streitkräfte sowie legitimierte, politische Institutionen stellten die wichtigste Voraussetzung für ein prosperierendes Afghanistan dar. Pakistan, China und der Iran spielten eine zunehmend wichtige Rolle in Afghanistan. Pakistan gewähre den Aufständischen Rückzugsräume auf pakistanischem Staatsgebiet an der Grenze zu Afghanistan. Die Vereinigten Staaten hätten den Druck auf Pakistan erhöht und 2018 ihre Unterstützung für Pakistan in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar ausgesetzt. China plane zur Absicherung seiner Investitionen in Afghanistan den Aufbau eines Militärstützpunktes. Auch der Iran sei besorgt angesichts des Terrorismus in der Region und der Schwierigkeiten im Umgang mit den Herausforderungen, die durch Flüchtlings- und Migrationsströme entstünden. Trotz Dissenses in einer Reihe von Punkten, wie z. B. der Unterstützung der Taliban durch den Iran oder des von Afghanistan geplanten Baus eines Damms am Fluss Helmand würden beide Staaten die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit anerkennen. Die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden lägen weiterhin in ferner Zukunft und die Sicherheitslage verschlechtere sich weiter. Seit der Niederlage gegen die internationalen Streitkräfte im Jahr 2001 kontrollierten die Taliban derzeit ein so großes Gebiet, dass sie die Vormachtstellung der Regierung herausfordern könnten. Die Anzahl der von den Taliban verübten Anschläge in Kabul und in den Provinzen sei nicht zurückgegangen. Angesichts dieser Realität scheine die letzte Hoffnung auf einen eindeutigen militärischen Sieg zu schwinden. Trotz aller Anstrengungen sei eine Pattsituation eingetreten, bei der es keiner Seite möglich sei, die andere vollständig zu besiegen. Nur Friedensgespräche zwischen der Regierung und den Taliban könnten ein Weg zum Frieden sein, und nur ein maßgeblich von den Afghanen ausgehandelter Frieden könne die Nation voran bringen.

In der anschließenden Diskussion verwies der Vorsitzende Abgeordneter **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) auf die durch die Trump-Administration eingeleitete verstärkte Bekämpfung des Opiumhandels durch US-Spezialkräfte, die einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheitslage leiste. Abgeordneter **Kamil Aydin** (Türkei) erklärte, bei der Kritik an Pakistan dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass Pakistan ein wichtiger Partner sei. Der Bericht solle auch den positiven Einfluss Pakistans auf Afghanistan beleuchten. Er sprach sich für einen Ausbau der Beziehungen zwischen der NATO und Pakistan aus. **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) regte an, einen stärkeren Fokus auf den Einfluss und die Rolle Chinas zu legen. Die chinesischen Investitionen könnten zur Stabilisierung des Landes beitragen, sie verstärkten auf jeden Fall Chinas weltweites Streben nach mehr Macht. Abgeordneter **João Rebelo** (Portugal) forderte belastbare Daten zur Effektivität der NATO-Unterstützungsmission und stellte deren Folgen in Frage. Abgeordneter **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) erinnerte an die im November 2018 getöteten 38 afghanischen Streitkräfte der Polizei und der Armee. Es habe den Anschein, als seien die afghanischen Polizei- und Armeestreitkräfte nicht in der Lage, die Sicherheit im Land zu gewährleisten. Er erkundigte sich nach Möglichkeiten, die Gewaltspirale zu unterbrechen. Sonderberichterstatter Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** erklärte, im Hinblick auf die Entwicklung Afghanistans müsse die Kritik an der pakistanischen Regierung eindeutig sein. Er warnte vor einem zu großen chinesischen Engagement, das dazu führen könne, dass China wie in Afrika die afghanische Infrastruktur ausbaue und beherrsche. Eine rasche Lösung zur Beendigung der Gewalt sehe er nicht.

II. Vortrag von Jody Thomas, stellvertretende Verteidigungsministerin Kanadas, zum Thema „Kanadas neue Verteidigungspolitik und die NATO“

Die stellvertretende kanadischen Verteidigungsministerin **Jody Thomas** erläuterte die Grundzüge der neuen kanadischen Sicherheitsstrategie, die im Schwerpunkt auf die Positionierung innerhalb der NATO ausgerichtet sei. Sie ging auf die Folgen des bevorstehenden EU-Austritts des Vereinigten Königreichs auf die NATO ein und erklärte, nach einem Austritt könne das Vereinigte Königreich seine traditionelle Führungsrolle im Nordatlantik nur unter erschwerten Bedingungen aufrechterhalten, so dass sich Kanada mit seinen Marine-Kräften zur Sicherung des Seegebiets verstärkt einbringen müsse. Zur Frage der Höhe der Verteidigungsausgaben legte sie dar,

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

dass die Regierung für die nächsten zehn Jahre einen Ausgabenanstieg von 18,9 Milliarden US-Dollar auf 32,7 Milliarden für 2026 und 2027 plane. Der Zuwachs bedeute eine Erhöhung von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf 1,4 Prozent ab 2024/25. Das komplexe, unvorhersehbare Sicherheitsumfeld habe eine Überarbeitung der kanadischen Verteidigungsstrategie erforderlich gemacht, so dass Kanada die Streitkräfte um 3.500 Frauen und Männer aufgestockt habe und die Gesamtstärke der Streitkräfte dann bei 71.500 liegen werde. Sie bekräftige Kanadas unumstößliche Verbundenheit mit der Allianz und mit den NATO-Partnern. Kanada werde neue Investitionen tätigen, so dass sichergestellt werden könne, dass die Streitkräfte über die modernsten Waffensysteme verfügen könnten. Der Anstieg bei den Verteidigungsausgaben werde entscheidende Investitionen ermöglichen, wie beispielsweise in Weltraumtechnologien, Cyber-Abwehr, für die Forschungen im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) und zum Schutz der Gesundheit der Militärstreitkräfte.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich der Vorsitzende Abgeordneter **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten), mit welcher Strategie Kanada die Umsetzung des in Wales vereinbarten Zwei-Prozent-Ziels plane. Ferner fragt er, was Kanada bewogen habe, keine weiteren F-35-Kampfflugzeuge zu erwerben, die nach Ansicht einiger Alliierter wesentlicher Bestandteil für die Sicherheit und Verteidigung des Bündnisses seien. Abgeordneter **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) betonte die Bedeutung des Zwei-Prozent-Ziels und stellte fest, dass Kanada es bislang versäumt habe, Vorschläge zur Umsetzung dieses Ziels vorzulegen. Derzeit gebe Kanada 1,1 Prozent des BIP für seine Verteidigung aus. Ministerin **Jody Thomas** entgegnete, Kanada habe sich nicht vom F-35-Programm verabschiedet, sondern lediglich eine neue Ausschreibung für die Erneuerung der Kampffliegerstaffel aufgelegt. Kanada werde die besten Kampfjets für sein Engagement in der NATO und im *North American Aerospace Defense Command* (NORAD) erwerben. In den vergangenen Jahren seien Kanadas Verteidigungsausgaben um 70 Prozent gestiegen, davon seien 30 Prozent in Investitionen geflossen. NATO PV-Präsidentin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) führte aus, die Beziehungen zwischen der NATO und Russland müssten langfristig angelegt und auf die Zeit nach der Putin-Ära ausgerichtet werden. Die Beziehungen zur russischen Zivilbevölkerung müssten gestärkt und die Reformanstrengungen der Ukraine stärker unterstützt werden. Eine erfolgreiche, demokratische Ukraine könne der russischen Bevölkerung zeigen, dass die Demokratie funktioniere. Sie sprach sich für eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens aus und erklärte, sie hoffe, dass Kanada Georgien in seinem Streben unterstütze. **Jody Thomas** erklärte, Kanada habe immer eine Führungsrolle bei der Unterstützung von Demokratien eingenommen und werde dies auch in der Zukunft tun. Abgeordneter **Juozas Olekas** (Litauen) ging auf den wachsenden Einfluss Chinas und Russlands in der Arktis ein und erkundigte sich, wie Kanada auf die veränderte Lage reagiere. Abgeordneter **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) bestätigte den Machtzuwachs Russlands und Chinas in der Arktis und erklärte, die USA sehen sich neuen Herausforderungen bei der Verteidigung der nördlichen Gebiete und Gewässer gegenüber. **Jody Thomas** führte aus, Kanada engagiere sich sehr in der Arktis, jedoch solle keine Militarisierung der Region vorgenommen werden. Auch bringe der Klimawandel große Veränderungen mit sich, die beachtet werden müssten.

III. Podiumsdiskussion mit James Henry Bergeron, politischer Berater beim Allied Maritime Command (MARCOM), mit Vizeadmiral Andrew L. Lewis, Kommandeur der Zweiten Flotte der USA und des Joint Force Command Norfolk, sowie mit Dr. Peter J. Dombrowski, Professor für Strategische Studien, US Naval War College, zum Thema „Sicherheit im Hohen Norden“

„Der Nordatlantik als Teil der NATO-360-Grad-Seegrenze“

James Henry Bergeron erläuterte seinen Vortrag zum Thema „Der Nordatlantik als Teil der NATO-360-Grad-Seegrenze“ mit den Aufgaben des Alliierten Marinekommandos (*Allied Maritime Command*, MARCOM), der Atlantik sei für Handel, Cyber-Sicherheit und die militärische Verteidigung für die NATO von strategischer Bedeutung. Er ging auf die russischen Aktivitäten im Atlantik ein und warnte vor der Bedrohung, die von den von Russland neu eingesetzten Marineschiffen ausginge. Angesichts anwachsender Spannungen zwischen den Großmächten sei die NATO als Bündnis herausgefordert und müsse verstärkt auf Übereinstimmung, Abschreckung und Verteidigung setzen. Auf dem Warschauer NATO-Gipfel sei die Forderung nach einer Überarbeitung der maritimen NATO-Position und nach einer stärkeren maritimen Verteidigung erhoben worden. In der Folge sei zwar die Zahl der Beschäftigten bei MARCOM von 302 auf 485 gestiegen, dennoch sei MARCOM nicht in der Lage, für einen längeren Zeitraum eine voll einsatzfähige Kommandostruktur zur Verfügung zu stellen. Er forderte die Alliierten dazu auf, ihre Beiträge zur Kommandostruktur hinsichtlich der Ausstattung und des Personals zu erhöhen. Die maritime Komponente sei für die kollektive Verteidigung und für die Abschreckung bedeutsam,

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

insbesondere für den Schutz der Unterwasserkabel für die Kommunikation und für die Gewährleistung eines freien Schiffsverkehrs.

„Die Zweite Flotte der USA und das Joint Force Command Norfolk“

Vizeadmiral **Andrew L. Lewis** erörterte zum Thema „Die Zweite Flotte der USA und das *Joint Force Command Norfolk*“, die kürzlich veröffentlichte USA-Sicherheitsstrategie beruhe auf zwei Säulen: zum einen wolle die USA bestehende Koalitionen und Partnerschaften ausbauen und zum anderen solche Fähigkeiten stärken, um mit Russland und China Schritt zu halten. Die NATO habe eine Anpassung ihrer Kommandostrukturen beschlossen. In seiner Doppeleigenschaft als Kommandeur der Zweiten Flotte und für das *NATO Joint Force Command* für den Atlantik sei es möglich, Prioritäten zu setzen und Maßnahmen zu konzentrieren. Er gehe davon aus, dass die Zweite Flotte 2019 vollständig einsatzfähig sein werde. Die Einrichtung und personelle Besetzung des *Joint Force Command Norfolk* würden folgen. Er schlug vor, dass jede Marineeinheit sich auf die Kernkompetenzen in den Schlüsselbereichen konzentrieren solle. Eine bessere Arbeitsteilung auf europäischer und globaler Ebene sei ebenfalls von hoher Bedeutung. Die NATO-Übung *Trident Juncture* habe die Alliierten wichtige Lektionen gelehrt, insbesondere Übungen bei schwierigen Wetterverhältnissen wie beispielsweise starkem Wind und hohem Seegang.

„Ein halbvolles Glas? Europas maritime und transatlantische Sicherheitspolitik“

Dr. Peter Dombrowski berichtete zum Thema „Ein halbvolles Glas? Europas maritime und transatlantische Sicherheitspolitik“, dass wegen der Bedeutung des internationalen Handels die Seewege zu hochfrequentierten Schnellstraßen in allen Regionen der Welt geworden seien. Besonders der Nordatlantik verbinde ein sehr großes Gebiet. Die maritime Sicherheit werde durch die drei Faktoren Größe, unterschiedliche geographische Gegebenheiten und eine auf Freiwilligkeit basierende gemeinsame Verteidigung geprägt. Die Staaten böten das ihnen Mögliche an, was für die gemeinsame Sicherheit und Verteidigung eine hochkomplexe Koordinierung erfordere. Er ging auf die ansteigenden russischen Bestrebungen ein und führte aus, Präsident Putin habe in die militärische Entwicklung investiert und die Fähigkeiten der Unterwasserboote gestärkt. Die USA hätten große globale Verpflichtungen und sähen die chinesische Flotte mit großer Sorge. Aus seiner Sicht sei Russland vor allem eine Landmacht. Der unerwartete Einsturz des Trockendocks im russischen Murmansk zeige die Grenzen Russlands beim Aufbau einer modernen, einsatzfähigen Marine. Europas Stärken lägen in den hohen operativen Fähigkeiten, erstklassigen Fregatten, kleineren Booten und einer soliden Schifffahrtsindustrie. Einige der besten Schiffe der Welt kämen aus Europa. Er zeigte sich zuversichtlich, dass durch die Trendwende nach Jahren der Einsparungen die NATO auch ihre maritimen Fähigkeiten verbessern werde.

In der sich anschließenden Diskussion legte Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) dar, das tiefergehende Problem des Vereinigten Königreichs sei es, ausreichend geeignete Fachkräfte und Seeleute für die Schifffahrt zu finden. Flotten blieben mangels Besatzung in den Häfen. Sie erkundigte sich, ob das Phänomen des Fachkräftemangels auch in anderen NATO-Staaten aufträte. Vizeadmiral **Andrew L. Lewis** erwiderte, auch die USA seien mit dieser Herausforderung konfrontiert. Er riet dazu, die Bildung auf die Naturwissenschaften auszurichten. **James Henry Bergeron** unterstützte die Aussage und sprach von einem allgemeinen Phänomen. Insbesondere im Bereich der Cyber-Sicherheit fehle es an einer ausreichenden Zahl qualifizierter Fachkräfte. Die Länder hätten Schwierigkeiten, junge Menschen mit den entsprechenden Qualifikationen für das Militär zu gewinnen. Abgeordneter **Rick Larson** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach der Mobilität und der Einsatzbereitschaft im Falle eines unvorhersehbaren Ereignisses. Die USA hätten sich nie aus dem Nordatlantik zurückgezogen, deren Präsenz sei aber noch ausbaufähig. Ob die USA wieder zu einer ganzjährigen Präsenz im Nordatlantik zurückfänden, sei fraglich. Er fragte, in welchen Bereichen Investitionen notwendig seien. Vizeadmiral **Andrew L. Lewis** informierte, das Problem liege in der schnellen Mobilisierung von Streitkräften und sei der Grund für die Wiedereinführung der amerikanischen Zweiten Flotte und die Gründung des *Joint Force Command* in Norfolk. Mit diesen Schritten sei ein zweiter Manövrierarm im Atlantik geschaffen worden, der es den USA erlaube, im nordöstlichen Teil des Atlantiks präsent zu sein. In der nahen Zukunft wird die Zweite Flotte Übungen mit einem Schwerpunkt auf Kommunikationskabeln und Knotenpunkten im Nordatlantik durchführen. Die US-Marine nähme an gemeinsamen NATO-Übungen der Seestreitkräfte teil und sei ein halbes Jahr lang mit einem Trägersystem anwesend. Dies zeige das starke amerikanische Engagement in den transatlantischen Beziehungen. Er schlug vor, dass die USA zur besseren Wahrnehmung mehr Schiffe entsenden sollten.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Das Abschreckungsdispositiv der NATO im Osten stärken“, vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Joseph A. Day (Kanada)

Generalberichterstatter Senator **Joseph A. Day** (Kanada) ging auf die seit dem Warschauer Gipfel 2014 veränderte Abschreckungspolitik der NATO ein. Die markantesten Schritte der NATO zur Anpassung ihres Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs seit 2014 fänden derzeit in den osteuropäischen Hoheitsgebieten des Bündnisses statt. Mithilfe der verstärkten Präsenz des Bündnisses in Form von rotierenden Streitkräften, Ausrüstungslagerbeständen und Übungen werde das Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte verändert, um ein erstarkendes, revisionistisches und mit immer größerem militärischen Potenzial ausgestattetes Russland abzuschrecken. Der vorliegende Generalberichtsentwurf prüfe und bewerte die so genannte „Stolperdraht"-Abschreckung des Bündnisses durch Aufstellung der verstärkten Vornepräsenz (*Enhanced Forward Presence*, EFP) in Estland, Lettland, Litauen und Polen sowie der maßgeschneiderten Vornepräsenz (*Tailored Forward Presence*, TFP) in der Schwarzmeerregion. Im Konfliktfall mit dem Westen seien die russischen Fähigkeiten durch die jüngsten russischen Militärübungen „Westen 2018“ deutlich geworden, an der über 300.000 Streitkräfte auf dem gesamten russischen Gebiet teilgenommen hätten. Die Teilnahme Chinas an den Übungen zementiere die strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Der NATO-Gipfel im Jahr 2018 in Brüssel habe zum Schutz der Bevölkerung in den östlichen Gebieten einige Initiativen beschlossen. Die *NATO Readiness Initiative*, die auch als „30-30-30-30“-Plan bezeichnet werde, biete einen ständigen Pool an gemeinsamen Streitkräften für die Verteidigung und zur Unterstützung. Ferner hätten die Alliierten einen *Enablement Plan* für das Einsatzgebiet des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa (*Supreme Allied Commander Europe*, SACEUR) beschlossen, mittels dessen die Verlegbarkeit innerhalb des Bündnisgebiets erhöht werden solle. Die EU habe das Problem erkannt und Investitionen in die Infrastruktur zugesagt. Derzeit träten Probleme im Suwalki-Korridor entlang der polnisch-litauischen Grenze auf. Eine schwache Infrastruktur, bürokratische Hürden und ein kritisches Ungleichgewicht der Kräfte und der Ausstattung machten die Region verletzlich für mögliche russische Eingriffe. Er forderte ein effektives Frühwarnsystem, eine verbesserte Infrastruktur für die schnelle Verlegbarkeit von Truppen und die nötigen Streitkräfte zur Verteidigung des Baltikums durch diesen Korridor.

Die Abgeordnete **Roberta Pinotti** (Italien) kritisierte den starken Fokus der NATO auf die östliche Flanke des Bündnisses und warnte, dass die Bedrohungen, die sich an der südlichen Flanke ergeben würden, nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollten. Generalberichterstatter Senator **Joseph A. Day** erwiderte, dass sich der Bericht auf die östlichen Bedrohungen konzentriere, was aber nicht bedeute, dass weitere Bedrohungen weniger schwerwiegend seien. Abgeordneter **João Rebelo** (Portugal) unterstützte die Aussagen und erklärte, dass nach einer Studie der RAND Corporation die russischen Truppen das Baltikum innerhalb von zwei Wochen einnehmen könnten. Abgeordneter **Marko Mihkelson** (Estland) legte dar, dass die Vornepräsenz einen wichtigen Lernprozess in den baltischen Staaten und Polen ausgelöst habe. Die von der großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützte NATO-Präsenz sei so sehr sichtbar geworden.

V. Beratung des Berichtsentwurfs „Lastenteilung – neue Aufgaben in einer neuen Zeit“ des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Abgeordneter Attila Mesterhazy (Ungarn)

Berichterstatter Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) erläuterte, die veränderte internationale Sicherheitslage habe die NATO veranlasst, weitreichende Veränderungen ihres Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs umzusetzen. Gleichzeitig nehme die Erwartung an die NATO-Mitgliedstaaten zu, mehr in den Erfolg dieser Bemühungen zu investieren. Beim NATO-Gipfel von Wales im Jahr 2014 hätten die NATO-Mitgliedsstaaten mit Blick auf ihre Verteidigungsausgaben vereinbart, sich bis 2024 auf den Wert von zwei Prozent ihres BIP zuzubewegen und 20 Prozent für neue Ausrüstung sowie für Forschung und Entwicklung (F&E) aufzuwenden. Die europäischen NATO-Mitgliedstaaten und Kanada hätten ihre Verteidigungsausgaben seit dem Ende des Kalten Krieges kontinuierlich gekürzt und die Kürzungen auch dann noch fortgesetzt, als die USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 den entgegengesetzten Kurs eingeschlagen hätten. Dies habe zu Diskussionen über die Höhe der Beiträge der Bündnispartner geführt. Mehr als die Hälfte der Alliierten gebe 20 Prozent der Ausgaben für Investitionen aus. Die neuen NATO-Missionen stellten höhere Anforderungen an die Ausstattungen und erforderten wesentliche Investitionen für neue Ausrüstungsgegenstände und Forschung. Die USA hätten ihre Anstrengungen für die europäische Sicherheit verdoppelt und gäben 2019 für die Europäische Abschreckungsinitiative (*European Deterrence Initiative*, EDI) 6,5 Milliarden US-Dollar aus, was eine Erhöhung von 3,1 Milliarden

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

US-Dollar im Vergleich zu 2017 bedeute. Die Frage der gerechten Lastenteilung könne zudem mittels einer effektiveren Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich gelöst werden. Er regte an, die Lastenteilungsdebatte entsprechend ihres Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit zu erweitern. Ein solcher Schritt würde die Debatte um Verteidigungsausgaben von zwei Prozent in Richtung drei Prozent ausweiten. Der Vorschlag sei bereits auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz beraten worden. Zusammenfassend erklärt er, das Beharren auf „Geld, Fähigkeiten und Engagement" unterstreiche die Notwendigkeit eines vereinten Engagements der Verbündeten zur Erreichung der selbst gesteckten politischen Ziele. Ziel sei es, die neuen Sicherheitsanforderungen zu meistern sowie den Frieden und die Sicherheit der Menschen und Territorien im NATO-Raum weiterhin zu garantieren.

In der anschließenden Diskussion machte Abgeordneter **Brett Guthrie** (Vereinigte Staaten) das starke Engagement des US-Kongresses für die NATO deutlich, indem der Kongress die Finanzmittel für die US-Präsenz in Europa freigegeben habe. Für die Zukunft des Bündnisses seien Investitionen in effektive Fähigkeiten notwendig. Ohne einen Input könne kein Output erzielt werden. Er warnte, sollten die Verbündeten die bescheidenen Ziele von Wales nicht ernsthaft verfolgen, seien sie in Zukunft gar nicht mehr in der Lage, über neue Bemühungen und Fähigkeiten zu diskutieren. **Lord Campell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) verwies auf Paragraph 79 des Berichts, der sich auf die Lage der deutschen Streitkräfte beziehe. Neue Investitionen seien ohne entsprechende Wartungen nutzlos. Abgeordneter **Lorinc Nacsa** (Ungarn) erklärte, nur das Insistieren des US-Präsidenten Trump habe dazu geführt, dass die Europäer sich bewegt hätten. Ungarn habe zur Erreichung der Ausgabenziele daher einen neuen nationalen Plan beschlossen.

Der Bericht wurde nach weiteren Änderungswünschen einstimmig angenommen.

Sonntag, 18. November 2018

VI. Beratung des Berichtsentwurfs „NATO-Spezialeinsatzkräfte im heutigen Sicherheitsumfeld" des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten", vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Madeleine Moon (Vereinigtes Königreich)

Berichterstatterin Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) erklärte, NATO-Spezialeinsatzkräfte seien wichtig, um die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen des internationalen Sicherheitsumfeldes zu bewältigen. Spezialeinsatzkräfte seien eine Schlüsselkomponente für Verteidigung, Abschreckung und situationsbedingte Bereitschaft. Neben den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich hätten weitere Alliierte wie beispielsweise Spanien, Norwegen und Litauen große Investitionen in den Aufbau von Spezialeinsatzkräften getätigt. Der wachsende Bedarf an Spezialeinsatzkräften beschränke gleichzeitig die Möglichkeit, genügend Personal für die Streitkräfte insgesamt zu rekrutieren. Den Spezialeinsatzkräften fehle derzeit ein strategischer Aktionsradius, der nötig sei, um ihre Aufgaben außerhalb Kontinentaleuropas zu erfüllen. Die Alliierten müssten daher mehr in bestimmte Fähigkeiten wie beispielsweise in die multifunktionalen Militärtransportflugzeuge C-17 oder A-400M sowie in die nötige Unterstützung durch Tankflugzeuge investieren. Sie erläuterte, dass sich die Alliierten die Fragen stellen müssten, ob sie die nötigen Streitkräfte mobilisieren könnten, die im Falle eines mit der Ukraine vergleichbaren Angriffs zur Verteidigung des eigenen Landes in der Lage wären. Sie kritisierte, es fehle am politischen Willen, regionalspezifische Bündnis-Spezialeinsatzkräfte zu errichten. Eine Regionalisierung hätte insofern deutliche Vorteile, indem regionale Teilstreitkraftkommandos der NATO-Spezialeinsatzkräfte eine verbesserte Lageüberwachung ermöglichten, die einen deutlichen Vorsprung hinsichtlich Geschwindigkeit und Genauigkeit hätten. Angesichts hybrider Taktiken, die auf Chaos, Verwirrung und Uneinigkeit über die Realitäten vor Ort abzielten, sei die Allianz auf solche Fähigkeiten angewiesen. In den Parlamenten müssten die Rolle und den Einsatz von Spezialeinsatzkräften beraten werden. Ein koordinierter Einsatz dieser Kräfte könne zum 360-Grad-Sicherheitsansatz der NATO wesentlich beitragen.

In der Beratung über den Berichtsentwurf erklärte Abgeordneter **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich), Frauen sollten das gleiche Training wie Männer erhalten. Vielleicht seien sie physisch nicht den Männern gleichzustellen, Frauen wiesen jedoch wichtige weitere Fähigkeiten auf, die den Einsatzkräften zu Gute kommen. Er stellte in Frage, ob Spezialeinsatzkräfte in der Lage wären, das Land im Falle eines Angriffs wie der auf die Ukraine zu verteidigen. Generalberichterstatterin **Madeleine Moon** bestätigte, dass die Spezialeinsatzkräfte eine konventionelle Armee nicht ersetzten könnten. Sie sollten jedoch jederzeit einsatzbereit und gut ausgestattet sein. Abgeordneter **Kamil Aydin** (Türkei) verwies auf den Terrorcharakter der PKK und erklärte, erst im Januar 2018 habe das

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

amerikanische Verteidigungsministerium die Verbindung zwischen der kurdischen Gruppe PKK mit den syrischen Volksverteidigungseinheiten (*People Protection Units*, YPG) bestätigt. Er bat, im Bericht den Begriff „Jihadismus“ zu streichen, da dieser Begriff im Islam unterschiedliche Bedeutungen habe. Abgeordneter **Juozas Olekas** (Litauen) informierte, vor zehn Jahren seien die litauischen Spezialkräfte gegründet worden, die besonders in Afghanistan erfolgreich seien. Die Allianz müsse sich fragen, ob sie über die militärischen Fähigkeiten und Strukturen vergleichbar mit den in der Ukraine durchgeführten Operationen verfügten. Er erkundigte sich, ob der politische Wille für den Einsatz von Spezialkräften vorhanden sei. Berichterstatterin **Madeleine Moon** erwiderte, die NATO PV habe den politischen Willen deutlich gemacht. Sie räumte ein, dass sich die Frage der Ausstattung nicht stelle, wenn der politische Wille zum Einsatz von Spezialeinsatzkräften fehle. Abgeordneter **João Rebelo** (Portugal) erkundigte sich nach der Arbeit des *NATO Special Operations Headquarters* (NSHQ) und wie die Personalausstattung, die derzeit bei nur 70 Prozent liege, verbessert werden könne. Ferner fragt er, wie das Rekrutierungsverfahren ablaufe. Berichterstatterin **Madeleine Moon** erklärte, Informationen zu den Trainingseinheiten seien nur schwer zu bekommen. Alle NATO-Staaten hätten Schwierigkeiten, genügend Personal zu gewinnen. Die besondere Rolle von Spezialeinsatzkräften müsse daher besser kommuniziert und junge Menschen besser angesprochen werden. Die Staaten sollten Werte wie den Patriotismus stärker betonen und jungen Menschen Anreize geben, sich den physischen und psychischen Anforderungen zu stellen. Zur Frage der Personalausstattung des NSHQ antwortete sie, es sei die Aufgabe der Parlamente, die Situation im NSHQ zu verbessern und die notwendigen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Abgeordneter **Koryun Nahapetyan** (Armenien, assoziiertes Mitglied) erkundigte sich, wie der technische Fortschritt auf lange Sicht konventionelle Kräfte ersetzen könne und welche Auswirkungen dieser auf die Spezialeinsatzkräfte habe. Berichterstatterin **Madeleine Moon** erläuterte, eine effiziente Armee sei auf Geheimdienstinformationen und situationsbedingte Taktik angewiesen. Die NATO weise auf dem Gebiet des technologischen Fortschritts Schwächen auf. Technische Fortschritte könnten die konventionellen Kräfte effizienter und effektiver gestalten.

VII. Vortrag von Dr. Andrea Charron, Professorin und Direktorin am Zentrum für Verteidigungs- und Sicherheitsstudien der Universität von Manitoba, zum Thema „Die Beziehungen zwischen NATO und NORAD“

In ihrem Vortrag ging **Dr. Andrea Charron** auf die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada ein. Das gemeinsame Nordamerikanische Luft- und Weltraum-Verteidigungskommando (*North American Aerospace Defense Command*, NORAD) habe zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit geführt. Mit einer Reihe von Absichtserklärungen sei die Verteidigung Nordamerikas gestärkt worden. Dennoch bestünden hinsichtlich der eingesetzten Ressourcen und strukturellen Fähigkeiten große Unterschiede zwischen beiden Staaten. Vor diesem Hintergrund müsse Kanada seine Streitkräfte finanziell besser ausstatten. Sie verwies auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen, zu denen beispielsweise die Absicherung der sich durch das Abschmelzen des Eises in der nordamerikanischen Arktis neu zu erschließenden Meeresgebiete zähle. In dieser Frage arbeite Kanada eng mit dem Nördlichen Kommando der Vereinigten Staaten (*United States Northern Command*, NORTHCOM) zusammen. Ein gemeinsamer Ausschuss erarbeite Vorschläge für die Modernisierung von Satelliten, Radarsystemen und weiterer Ausrüstung. Daraufhin verdeutlichte Dr. Charron die Kommandostrukturen innerhalb des NORAD. Der Kommandeur sei stets ein amerikanischer Vier-Sterne-General, der durch einen kanadischen General vertreten werde. Während der Kommandeur auf kanadischer Seite direkt mit dem Premierminister in Verbindung treten könne, seien vor einem Austausch mit dem amerikanischen Präsidenten mehrere Hierarchieebenen zwischengeschaltet. Sie verwies darauf, dass auch die NATO mit Herausforderungen konfrontiert sei. Sie müsse im Hinblick auf Russland mit einem Staat umgehen, der einerseits bedeutsam für internationale Foren und die Kooperation in dieser Region sei und andererseits mit seinem Auftreten Besorgnis auslöse. Das NORAD habe bisher keine NATO-Operationen in der nordamerikanischen Arktis angestrebt. Dennoch müsse Nordamerika auf die zahlreichen aktuellen Herausforderungen reagieren.

VII. Vortrag von Dr. Peter Brookes, Leitender Wissenschaftler für Nationale Sicherheitsangelegenheiten bei der Heritage Foundation, zum Thema „Die Zukunft des Mittelstrecken-Atomwaffenabkommens (INF-Vertrag)“

In seinem Vortrag ging **Dr. Peter Brookes** auf Verstöße der Russischen Föderation gegen den Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (*Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, INF Treaty*) ein. Seit der Unterzeichnung in 1987 habe das Abkommen dazu beigetragen, dass Raketen mit mittlerer Reichweite und

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

mobile Raketenabschussrampen vernichtet worden seien. Das Abkommen habe jedoch nicht die luft- und seestützten Waffensysteme erfasst. Er betonte, die Russische Föderation habe mit der Entwicklung der Raketen vom Typ SSC-8 die vertraglichen Beziehungen gefährdet. Der russische Verweis auf die angeblichen offensiven Einsatzmöglichkeiten des amerikanischen Raketenabwehrsystems *Aegis Ashore* sei vorgeschoben und solle von den eigenen Verstößen gegen das Abkommen ablenken. Weiterhin betonte Dr. Brookes, dass von China eine wachsende Bedrohung für die amerikanischen Sicherheitsinteressen – insbesondere im Pazifikraum und im Südchinesischen Meer – ausgehe. So bestehe nahezu das gesamte chinesische Arsenal aus Raketen, die unter die Verbotsbestimmungen des Abkommens fielen, und es sei nicht sicher, ob China einem solchen Abkommen überhaupt beitreten wolle. Die Vereinigten Staaten müssten auf diese Bedrohungen reagieren. Deshalb sei der Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Abkommen nachvollziehbar.

In der anschließenden Diskussion bat Abgeordneter **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) um eine Einschätzung, ob die Abschreckungsstrategie der Vereinigten Staaten beeinträchtigt werden würde, wenn Raketen, die derzeit in den Anwendungsbereich des Abkommens fielen, weiterhin nicht eingesetzt werden würden. **Dr. Brookes** erläuterte, dass Abschreckung über die Ausrüstung mit Raketen hinausgehe und auch den Cyber-Space oder hybride Maßnahmen umfasse. Die mögliche Bedrohung von US-Satelliten durch Russland und China sei aber von strategischer Bedeutung. Auch seien zum damaligen Zeitpunkt des Vertragsschlusses die Aufschüttung künstlicher Inseln im Pazifik oder Waffen mit Hyperschallgeschwindigkeit noch undenkbar gewesen. Weiterhin erkundigte sich Abgeordneter **João Rebelo** (Portugal) nach der Stärke des chinesischen nuklearen Raketenarsenals. Hierzu führte **Dr. Brookes** aus, dass das Arsenal in den vergangenen Jahren stetig gewachsen sei und inzwischen eines der umfangreichsten Raketensysteme der Welt darstelle. Außerdem investiere China verstärkt in neue Technologien, um die Waffensysteme mobil einsetzbar zu machen. Vor diesem Hintergrund sei es derzeit unwahrscheinlich, dass China ein westlich geführtes Abkommen über Nuklearwaffen unterzeichne. Senator **Franklin van Kappen** (Niederlande) verwies darauf, dass die vom INF-Abkommen nicht erfassten luft- und seegestützten Systeme ein Mittel sein könnten, um der Bedrohung durch landgestützte Waffensysteme aus Russland zu begegnen, und bat um eine weitere Einschätzung zum Einfluss Chinas. Darauf entgegnete **Dr. Brookes**, dass China das Südchinesische Meer für sich beanspruche und das Gebiet mit Boden-Luft-Raketen absichern wolle. Dies stehe im Widerspruch zu internationalen Verträgen und den Forderungen der sechs Anrainerstaaten. Trotz der Kooperation zwischen Russland und China – beispielsweise mit dem Militärmanöver Wostok-2018 – hätten beide Staaten in wesentlichen Bereichen divergierende Interessen und seien daher keine natürlichen Verbündeten. Schließlich betonte Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich), dass China in vielen Staaten strategische Infrastruktur und Banken aufkaufe, und fragte, ob dieses Vorgehen als hybride Bedrohung eingestuft werden sollte. Hierauf erwiderte **Dr. Brookes**, dass sich derartige Maßnahmen auch auf Europa auswirkten. Die Bedrohung in Asien selbst sei jedoch akuter.

VIII. Wahl der Mandatsträger

Abgeordneter **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) wurde erneut zum Ausschussvorsitzenden, Abgeordneter **Paul Cook** (Vereinigte Staaten) zu dessen Stellvertreter gewählt. Abgeordneter **Attila Mesterhazy** (Ungarn) wurde zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, zu dessen Stellvertretern Abgeordneter **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) und Senator **Franklin van Kappen** (Niederlande) sowie zum Berichterstatter Abgeordneter **Nicholas Soames** (Vereinigtes Königreich) gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ wurde Abgeordneter **Rob Bishop** (Vereinigte Staaten) gewählt. Bei der Wahl des neu zu besetzenden Postens des Berichterstatters des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ wurde die Abgeordnete **Lara Martino** (Portugal) mit einer knappen Mehrheit der Stimmen vor dem Abgeordneten Wolfgang Hellmich (Deutschland) gewählt.

5. Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)

Der Ausschuss tagte am Samstag, 17. November 2018, und am Sonntag, 18. November 2018, unter dem Vorsitz der Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich).

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Förderung von Demokratie und Menschenrechten im Schwarzmeerraum", vorgelegt von Generalberichterstatterin Abgeordnete Ulla Schmidt (Deutschland)

Generalberichterstatterin Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) stellte ihren überarbeiteten Generalberichtsentwurf vor, der die Bemühungen und Fortschritte bei der Stärkung demokratischer Institutionen und der Wahrung und Einhaltung von Menschenrechten in den Anrainerstaaten des Schwarzmeeres behandelt. Sie hob eingangs das Gastgeberland Kanada als eine der führenden Demokratien der Welt und positives Beispiel für ein weltoffenes Land hervor, in dem Vielfalt gedeihe und es Mitgefühl für die Schwachen gebe. Im Hinblick auf ihren Bericht betonte sie, dass militärische Maßnahmen für dauerhafte Stabilität und Sicherheit in der Schwarzmeerregion nicht ausreichten, sondern man sich auf die Förderung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichstellung, unabhängigen Medien sowie einer starken Zivilgesellschaft in der Region konzentrieren müsse. Eine Analyse der Präsidentschaftswahlen in Georgien Ende Oktober habe wegen erfolgter Fertigstellung des Berichts nicht mehr aufgenommen werden können. Sie hoffe, dass im zweiten Wahlgang die von internationalen Beobachtern während der ersten Runde festgestellten Mängel beseitigt worden seien. Die Fortschritte in Bulgarien und Rumänien bei der rechtsstaatlichen Konsolidierung, Korruptionsbekämpfung und Armutsverringerung reichten derzeit nicht aus, um den sogenannten Kooperations- und Überprüfungsmechanismus der EU einzustellen oder die Länder dem Euro-Währungsgebiet und dem Schengen-Raum beitreten zu lassen. Die immer tieferen Eingriffe der türkischen Regierung in die Medien seien beunruhigend. Sie hoffe, dass das türkische Parlament seine Rolle als Hüter der türkischen Demokratie wahrnehmen werde. Die Regierung und das Parlament der Ukraine hätten eine beachtliche Zahl an Reformpaketen (z. B. in den Bereichen Justiz, Steuern, Energie, Renten, Kommunalverwaltung) beschlossen, die allmählich umgesetzt würden. Die Menschenrechtslage habe sich jedoch verschlechtert. Die Regierung der Republik Moldau solle weiterhin durch die euroatlantische Staatengemeinschaft bei ihren notwendigen Reformbemühungen, beispielsweise mit einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, unterstützt werden. Russland bewege sich unter der aktuellen autoritären Führung in eine gefährliche Richtung. Dem könne mit einem Zugehen auf die russische Bevölkerung begegnet werden, indem das freie Internet gefördert und insbesondere der jungen Generation die Möglichkeit eröffnet werde, zu reisen und im Ausland zu studieren.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich hauptsächlich Delegierte aus den vorgenannten Ländern. Die Abgeordneten **Ahmet Yildiz** und **Muhammet Cinisli** (Türkei) kritisierten die Fakten und dass keine ihrer eingebrachten Änderungsvorschläge Berücksichtigung gefunden hätten. Sie forderten, dass zum besseren Verständnis der Situation im Land ein engerer Kontakt mit den Abgeordneten aus den betreffenden Ländern gesucht werde. Die NATO sei nicht das richtige Gremium für Diskussionsinhalte zu Menschenrechten und Demokratie, man solle sich lieber auf die Sicherheit von Zivilisten und das Wohlergeben von Migranten konzentrieren. Die türkischen Ausschussmitglieder schlugen die Ablehnung des Berichts vor. NATO PV-Präsidentin Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen) warf die Frage nach Russlands Strategie gegenüber seinen Nachbarländern in der Schwarzmeerregion auf und schlug vor, die Unterstützung für die Republik Moldau, Georgien und die Ukraine zu erhöhen. Delegierte aus Rumänien, Bulgarien, Georgien und Moldau kommentierten den überarbeiteten Berichtsentwurf grundsätzlich positiv und hatten nur geringe Änderungswünsche. Abgeordneter **Borys Wrzesnewskyj** (Kanada) sprach sich dafür aus, die Gespräche in der NATO-Ukraine-Kommission wieder regelmäßiger aufzunehmen. Gegen die Stimmen der türkischen Delegation wurde der Berichtsentwurf mehrheitlich angenommen.

II. Beratung des Berichtsentwurfs „Zivilschutz in Arktis und Mittelmeer" des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung", vorgelegt von Berichterstatterin Senatorin Jane Cordy (Kanada)

Berichterstatterin Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) wies eingangs darauf hin, dass die NATO für den Zivilschutz einen Mehrwert einbringe und einen Beitrag zur Rettung des Lebens von Zivilisten leiste. Ihr Berichtsentwurf befasse sich mit den *search and rescue (SAR) capabilities* (Such- und Rettungsfähigkeiten) im Hohen Norden und im Mittelmeer. Obwohl beide Regionen verschieden seien, seien die Herausforderungen, wie beispielsweise der Schutz von Zivilisten und der Umwelt, vergleichbar. Der Berichtsentwurf behandle das Problem der Externalisierung der Grenzen Europas, die Notwendigkeit multilateraler Zusammenarbeit in beiden Regionen sowie geeignete SAR-Fähigkeiten. Die Situation im Mittelmeer belaste die europäische Einheit. Die Staats- und Regierungschefs

der Europäischen Union (EU) würden durch einen neuen Plan versuchen, die Menschenströme über das Mittelmeer einzudämmen. Die NATO und ihre Mitglieder sollten sich in der Arktis und im Mittelmeer bei der Entwicklung geeigneter SAR-Fähigkeiten gegenseitig unterstützen.

Der Abgeordnete **Ahmet Yildiz** (Türkei) stellte in der nachfolgenden Diskussionsrunde fest, dass die Türkei und die USA nicht Vertragspartner des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen seien und bat um Klarstellung im Berichtsentwurf. Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei funktioniere effizient. Den Hinweis der Abgeordneten **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich), dass die NATO über effiziente Fähigkeiten für den sofortigen Einsatz verfüge, ergänzte der Abgeordnete **Sverre Myrli** (Norwegen) dahingehend, dass SAR ein ziviler Bereich sei und vorzugsweise in die Verantwortung der arktischen Länder falle. Norwegen unterhalte mit Russland gute SAR-Beziehungen, da dieser Bereich nicht Teil der NATO-Strukturen sei. Berichterstatterin Senatorin **Jane Cordy** stellte klar, dass der Berichtsentwurf sich für eine zweitrangige Rolle der NATO in der Arktis ausspreche und Russland im dortigen SAR-Bereich eine Schlüsselrolle einnehme.

Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

III. Podiumsdiskussion mit Udloriak (Udlu) Hanson, stellvertretende Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung und Transport, Regierung von Nunavut, und Professor Dr. Stéphane Roussel, The University of Public Administration (ENAP), Quebec, Kanada, zum Thema „Die kanadische Perspektive auf die sich veränderte Arktis“

„Rechte der Ureinwohner und die sich entwickelnde politische, wirtschaftliche, Umwelt- und Sicherheitslandschaft in der Arktis“

Die stellvertretende Ministerin **Udloriak (Udlu) Hanson** betonte die Bedeutung der Einbindung der indigenen Bevölkerung im Hohen Norden in die Beratungen zur Sicherheit in der Region, da der Klimawandel und seine Auswirkungen auf Infrastruktur, Nahrung und Umweltsicherheit vor allem die dort lebende Bevölkerung treffe. Sie schlug die Entwicklung eines Sicherheitsplans unter Einbindung der lokalen Bevölkerung vor, um ihren Beitrag in politische Entwicklungen einfließen zu lassen.

„Kanada, NATO und internationale Sicherheitsanforderungen“

Professor Dr. Stéphane Roussel ging auf die Wahrnehmung der verschiedenen kurz- und langfristigen Bedrohungsarten im Norden ein, zu der die globale Erwärmung und die Folgen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, geopolitische Ansprüche sowie zunehmende menschliche Aktivitäten und die damit verbundenen Sicherheitsbedenken seien. Die Arktis sei bislang keine militärische Konfliktzone, jedoch könnten andere, schwelende Konflikte wie auch kriminelle Aktivitäten sich zukünftig auf die Stabilität in der Region auswirken. Er verwies auf das zunehmende institutionelle Netzwerk in dieser Region und auf die rechtsverbindlichen Arktisverträge. Die NATO spiele keine konkrete Rolle. Auch er unterstrich die Bedeutung, die Bedürfnisse der der lokalen Bevölkerungen zu berücksichtigen. Für Kanada sei der Schutz der Souveränität im Norden eine nationale Angelegenheit. Im Gegensatz zu Norwegen wäre eine zivile Mitwirkung der NATO in der Arktis – zum Beispiel bei der Entwicklung von SAR-Fähigkeiten und -Zusammenarbeit – willkommen, hingehen sehe man eine militärische Sichtbarkeit der NATO in der Arktis eher zurückhaltend.

Abgeordnete **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich) ging bei der anschließenden Diskussion auf die Notwendigkeit einer Evaluierung der Fischereirechte ein, falls es zum Brexit kommen sollte, und machte darauf aufmerksam, dass China aus Gründen der Energiesicherheit große Investitionen in der Arktis tätige. **Udloriak (Udlu) Hanson** informierte, dass die Inuit-Organisationen Chinas Hilfe beim Bau neuer Infrastrukturen ablehnen würden. Sie rief die kanadische Regierung dazu auf, die lokalen Gemeinden mehr zu unterstützen.

IV. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Abwehr hybrider Bedrohungen durch Russland: Stand der Dinge“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Bei der Vorstellung des überarbeiteten Sonderberichtsentwurfs ging Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) auf Russlands hybride Aktivitäten ein, die politische Beeinflussung, Cyber-Attacken, Desinformation, Einsatz von Söldnern und gezielte Attentate einschlössen. Er begrüßte die gesteigerte Wahrnehmung

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

solcher Aktivitäten und hob den Bedarf an einer Stärkung der Widerstandskraft hervor. Er forderte eine umfassendere Zusammenarbeit mit den Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie eine Überarbeitung und Anpassung der nationalen Bildungspolitik, um kritisches Denken zu fördern. Das Vermögen kremltreuer Oligarchen in Europa müsse in den Fokus genommen und das Strategische Konzept der NATO der neuen Wirklichkeit angepasst werden. Er bedauerte die Haltung des russischen Regimes gegenüber dem Westen und seiner eigenen Bevölkerung und unterstrich die Schwierigkeiten, denen die euroatlantische Gemeinschaft gegenüberstehe, um Vertrauen aufzubauen und einen ehrlichen Dialog mit Russland wieder herzustellen.

Die Abgeordneten **Natasa Jovanovic** und **Vladimir Djukanovic** (Serbien, assoziiertes Mitglied) kritisierten die Vorwürfe gegen die Russische Föderation und forderten die Ablehnung des Berichts. Abgeordnete Jovanovic erklärte, die NATO versuche, sich in die inneren Angelegenheiten Serbiens einzumischen. Beide Abgeordnete erinnerten an den „Einmarsch der NATO“ im Kosovo im Jahr 1999. Abgeordneter Djukanovic erklärte, der Einfluss der Russischen Föderation auf die Medien verblasse im Vergleich zur „Hegemonie der westlichen Medien“. Die Abgeordneten **Iryna Friz** und **Iryna Gerashchenko** (Ukraine, assoziiiertes Mitglied) dankten für die Darstellung der russischen Aktionen in den Nachbarländern. Abgeordnete Gerashchenko stellte fest, die Mitglieder seien durch die Ausführungen des Abgeordneten Djukanovic Zeugen einer Manifestation hybrider russischer Taktiken geworden. Sie führte die dramatischen Folgen der russischen Aggression für die Bevölkerung im Donez-Becken und auf der Krim auf und kritisierte die Bemühungen der Russischen Föderation zur Legitimierung ukrainischen Gebiets. Des Weiteren kritisierte sie die aggressive Haltung der Russischen Föderation im Azowschen Meer. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) und Sonderberichterstatter **Lord Jopling** unterstrichen, dass der Berichtsentwurf auf stichhaltigen Beweisen basiere und insofern eine gut dokumentierte Darstellung der russischen Aktivitäten sei. Abgeordnete **Zaida Cantera** (Spanien) informierte über eine russische Einmischung in Spaniens innere Angelegenheiten. Abgeordnete **Ulla Schmidt** fügte hinzu, eine hybride Kriegsführung sei nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern untergrabe die Grundpfeiler der Demokratie. Abgeordneter **Giorgi Kandelaki** (Griechenland) begrüßte die wachsende Aufmerksamkeit gegenüber den russischen Aktivitäten und kritisierte den fortbestehenden Einfluss der Russischen Föderation in Georgien. Abgeordnete **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich) schlug vor, die Ermordung von Alexander Litvinenko im Jahr 2006 auf britischem Boden als ersten, vom russischen Staat unterstützten Chemieangriff seit dem Zweiten Weltkrieg in den Berichtsentwurf aufzunehmen. Abgeordneter **Ahmet Yildiz** (Türkei) erinnerte die serbische Delegation daran, dass die NATO-Intervention geholfen habe, einen Genozid im Kosovo zu verhindern. NATO PV-Präsidentin, Abgeordnete **Rasa Jukneviciene** (Litauen), erinnerte an die russische Besetzung Litauens nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie merkte an, dass die serbische Delegation ihre Meinung gegenüber den Mitgliedern der Versammlung frei äußern könne, wohingegen kein Abgeordneter positiv über die NATO im russischen Parlament sprechen könne. Abgeordneter **Miroslaw Suchon** (Polen) legte, dar, dass die Gefahr für die globale Sicherheit nicht von der russischen Bevölkerung, sondern vom Kreml ausgehe.

Der Sonderberichtsentwurf wurde angenommen.

V. Vortrag von Graham Brookie, Director and Managing Editor, Digital Forensic Research Lab (DFRL-Lab), Atlantikrat, zum Thema „Digitale Resilienz: Desinformation aufdecken und demokratische Institutionen schützen“

In seinem Vortrag stellte **Graham Brookie** die Rolle und Aufgaben seines Arbeitsbereiches vor. Er führte aus, dass die Desinformation eine alte Strategie sei. Die Menschen seien heute wesentlich besser als früher vernetzt, so dass der digitalen Resilienz eine große Bedeutung zukomme. Er erklärte die Unterschiede zwischen Desinformation, Fehlinformation und Tatsachen und ging auf die vom Atlantikrat angewandten modernen Methoden im Erstellen von Berichten ein. Ferner stellte er verschiedene Instrumente gegen Desinformationen vor. Er ging auf das Projekt #breakingGhouta des *DFRL-Lab*, die Bedeutung von Schulungen – auch für Entscheidungsträger – im Umgang mit den Herausforderungen von Desinformationen sowie die Notwendigkeit der Überprüfung von Informationen ein und forderte eine kollektive Antwort unter Einbeziehung der Regierungen, des Privatsektors und der Medien. Im Hinblick auf die Wahlen stellte er fest, dass das gewachsene Bewusstsein der Bevölkerung zu einer Veränderung der von der Russischen Föderation angewandten Taktiken geführt habe. Die Russische Föderation habe die Finanzmittel für Cyber-Attacken erhöht und die Zahl der regelmäßigen Tweets verringert. Spezielle Gruppen und Gemeinschaften würden verstärkt in den Fokus genommen. Abschließend sprach er sich für eine offene Informationsgesellschaft aus.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

In der sich anschließenden Diskussion erkundigte sich Abgeordnete **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich) nach weitergehenden Informationen zum russischen Vorgehen in ihrem Land. **Graham Brookie** führte die russische Trollfabrik „Internet Research Service“ an, die die britische Gesellschaft spaltende Informationen vertiefe und verstärke. Durch eine staatliche Regulierung könne das Problem nicht ausreichend gelöst werden. Stattdessen sollten Nutzern Instrumente zur Verfügung gestellt werden, mittels derer sie Aktivitäten von Trollen erkennen könnten. Auch sei das Wissen um die eigene Verletzlichkeit bei der Nutzung des Internets und von sozialen Medien wichtig. Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) hob den Bedarf an Programmen zur Entwicklung der kritischen Denkfähigkeit der Bürger hervor.

VI. Podiumsdiskussion mit Clare Hutchinson, Sonderbeauftragte des NATO-Generalsekretärs für Frauen, Frieden und Sicherheit, Mark Gwozdecky, stellvertretender Minister für internationale Sicherheit und Politische Angelegenheiten in Kanada und Dr. Audrey Reeves, Assistant Professor of Political Science, Virginia Polytechnic Institute and State University, Blacksburg, USA, zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“

„Die Agenda der NATO zu Frauen, Frieden und Sicherheit“

Clare Hutchinson hob in ihrem Beitrag einleitend hervor, dass ein dauerhafter Frieden ohne die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht möglich sei. Frauen müssten Vertreterinnen für Frieden und Sicherheit werden. In Ländern, in denen Frauen gleichberechtigt seien, gebe es mehr Sicherheit und mehr Wohlstand. Die VN-Sicherheitsratsresolution 1325 und nachfolgende Resolutionen hätten das Handeln der NATO tiefgreifend beeinflusst. Beim NATO-Gipfel in Brüssel im Juli 2019 hätten die Staats- und Regierungsvertreter mit der Annahme einer neuen Strategie- und Aktionsplan zu Frauen, Frieden und Sicherheit (*Women, Peace and Security*, WPS) das Anliegen bekräftigt. Die ambitionierten Ziele würden sich auf drei Prinzipien gründen: Die NATO müsse alle Geschlechter in ihre Politiken einbeziehen. Sie nannte als Beispiel den Bereich der Cyber-Verteidigung, wo die Identifizierung von Risiken für Frauen im virtuellen Raum notwendig sei. Hinsichtlich der Inklusion müssten Barrieren für Frauen abgebaut und die Ausgewogenheit der Geschlechter in allen NATO-Strukturen und –aktivitäten verbessert werden. Dies gelte für die im Einsatz befindlichen Streitkräfte, wo der Frauenanteil derzeit nur zwölf Prozent betrage, ebenso wie für die politische Ebene. Im Hinblick auf die Integrität müsse die NATO beim Zivilpersonal und bei den Streitkräften die höchsten Standards für das berufliche und persönliche Verhalten setzen.

„Frauen, Frieden und Sicherheit: Kanadas Prioritäten“

Mark Gwozdecky führte aus, inklusive Demokratien unterschieden sich gegenüber anderen Regierungsformen durch eine bessere Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit. Er kritisierte, Friedensabkommen seien oft „geschlechterblind“ und beseitigten den sexuellen Missbrauch sowie die Geschlechterungleichheit nicht. Frauen seien weiterhin in nationalen und multinationalen Strukturen unterrepräsentiert. Moderne Technologien verstärkten die Ungleichbehandlung. Als Beispiel führte er das Ergebnis einer Untersuchung an, wonach Frauen unverhältnismäßig oft das Ziel von bevormundender Werbung im Internet seien. Kanada sei bekennender Verfechter von Frauenrechten. Premierminister Justin Trudeau habe Schritte unternommen, um die Bedeutung der Frauenrechtsagenda zu erhöhen. Mark Gwozdecky erinnerte an das von der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, moderierte Treffen der Außenministerinnen in Montreal im September 2018. Ferner betonte er die von Kanada 2017 gestartete Elsie-Initiative für Frauen in Friedenseinsätzen, die derzeit in Ghana und Sambia wirke. Des Weiteren betonte er das Anliegen Kanadas, während seiner G7-Präsidentschaft die Arbeit des Sachverständigenrates für Geschlechtergleichberechtigung zu unterstützen und zu etablieren.

„Frauen, Frieden und Sicherheit: Der Beitrag der Parlamente in NATO-Mitgliedsländern“

Dr. Audrey Reeves dankte den Delegationen für ihre Teilnahme an der Umfrage zum Beitrag der Parlamente bei der Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 und nachfolgenden Resolutionen. Die Versammlung habe eine wegweisende Sichtweise und einen einzigartigen Ansatz zu diesem Thema entwickelt und sei die einzige Institution, die sich für die Rolle der Parlamente in dieser Frage interessiere. Im Vergleich zu vergangenen Umfragen sei in allen Ländern eine positivere Entwicklung festzustellen. Vor allem das Vorhandensein eines Nationalen Aktionsplans (*National Action Plan*, NAP) mache einen Unterschied. Länder mit NAP seien deutlich aktiver als Länder ohne NAP, wobei auch Länder ohne NAP eine erhöhte Achtsamkeit und ein größeres Aktivitätsniveau

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

berichteten. Im Hinblick auf eine geschlechterausgewogene Führungsebene hätten 91 Prozent der Delegationen mitgeteilt, dass Frauen in ihren Parlamenten herausragende Positionen mit Bezug zu Frieden und Sicherheit einnähmen. Männer sollten beim Voranbringen der WPS-Agenda verstärkt eingebunden werden. Sie unterstrich den Bedarf an weiteren Gesetzesinitiativen und erwähnte Länder, die Gesetze mit höherer Geschlechtersensibilität bei der Befragung von Asylbewerbern und Flüchtlingen verabschiedet hätten. Notwendig sei geschultes Personal, das geschlechterbedingte Gewalt in Flüchtlingslagern und Konfliktzonen erkennen könne. Die parlamentarische Kontrolle der Umsetzung der WPS-Agenda sei zurückgegangen, was auch an der erhöhten Teilnehmerzahl an der Umfrage liegen könne. Die gestiegene Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in nationalen und internationalen Foren sei ermutigend. Abschließend plädierte sie für ein einheitliches Verständnis der WPS-Agenda, die nicht nur Frauen, sondern die Gesellschaft betreffe.

In der anschließenden Diskussion informierte Abgeordnete **Iryna Friz** (Ukraine, Assoziiertes Mitglied), dass die Ukraine ein Gesetz zum Schutz von Frauen in Konflikten angenommen habe. Der bis 2020 angelegte NAP werde die Geschlechtergerechtigkeit besser fördern. Gegenwärtig seien 27.000 Frauen in den ukrainischen Streitkräften eingesetzt. Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) kritisierte, dass die Verbesserungen sich zu langsam vollzögen und erinnerte an die Aussage des Premierministers, der 2015 auf die Frage, warum die Hälfte seines Kabinetts Frauen seien, geantwortet habe: „Because it's 2015." Senatorin Cordy unterstrich, dass Frauenrechte essenzielle Menschenrechte seien und nicht begründet werden müssten. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) ergänzte, leider hätten die zunehmenden populistischen Bewegungen kein Interesse an Frauenrechten. Die Ausschussvorsitzende Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich) und Senatorin **Brigitte Grouwels** (Belgien) befürworteten die Notwendigkeit, Männer in den Prozess einzubinden. Senatorin Garriaud-Maylam schlug vor, den Fokus mehr auf „naming and praising" von positiven Beispielen als auf „naming and shaming"-Taktiken zu legen. **Clare Hutchinson** ging auf den weltweiten Anstieg der Gewalt und die fehlende Gleichberechtigung ein. Sie erinnerte daran, dass in Konflikten überwiegend Frauen Opfer sexueller Gewalt würden. **Dr. Reeves** fügte hinzu, 99 Prozent der sexuellen Gewalttaten verübten Männer. Daher seien die Erziehung der Männer und ihr Verständnis für die Rechte von Frauen besonders wichtig. Abgeordnete **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich) verwies auf das in ihrem Land verabschiedete Gesetz zum verbesserten Zugang von Frauen in der Politik. Sie kritisierte, dass Frauen in der Politik immer noch sexueller Belästigung oder Gewalt ausgesetzt seien und erinnerte an die Ermordung der britischen Abgeordneten Jo Cox. Abgeordneter **Joaquim Pueyo** (Frankreich) sprach sich für ein Ende der Geschlechterdiskriminierung sowie für eine umfassendere Inklusion und Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft aus. Frauen seien wichtig bei friedensschaffenden und -erhaltenden Maßnahmen und zur Förderung der Demokratie. Abgeordneter **Borys Wrzesnewskyj** (Kanada) informierte über einen im Februar in seinem Parlament vorgelegten Antrag zur Einrichtung einer Position als WPS-Botschafter. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft sei von großer Bedeutung. Mit über 100 Nichtregierungsorganisationen (NRO) und örtlichen Vertretern verfüge Kanada über einen großen Erfahrungsschatz. Abgeordnete **Zaida Cantera** (Spanien) informierte, dass im spanischen Parlament 40 Prozent weibliche Mitglieder und die Mehrheit in der Regierung Frauen seien. Die Ausschussvorsitzende Senatorin **Garriaud-Maylam** schloss die Diskussion mit dem Hinweis, dass die internationale Gemeinschaft 2020 das 20jährige Jubiläum der VN-Resolution 1325 begehen würde, und schlug vor, dies als Anlass für einen Bericht zu nehmen.

VII. Beratung der Änderungsanträge und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Sicherheit und Zusammenarbeit in der Arktis", vorgelegt von der Berichterstatterin Senatorin Jane Cordy (Kanada)

Berichterstatterin Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) stellte ihren Entschließungsentwurf vor. Der Entschließungsentwurf beinhalte Umwelt- und Zivilschutzaspekte sowie geopolitische und Sicherheitsaspekte der Region. Mit der Entschließung solle ein äußerst vorsichtiges Vorgehen der NATO in der Region demonstriert werden. Eine Unterstützung arktischer Alliierter sei angesichts eines fortdauernden russischen militärischen Aufwuchses notwendig. Die Einbindung der NATO solle jedoch indirekt und unterstützend sein. Der Entwurf gehe auch auf die Rolle von regionalen Organisationen, insbesondere auf den Arktischen Rat ein.

13 Änderungsanträge wurden beraten, darunter mehrere der norwegischen Delegation, die sich für eine Stärkung der zentralen Rolle der arktischen NATO-Mitgliedsländer als führende Akteure in der Region aussprachen. Der türkische Antrag zur Streichung des Hinweises auf das Seerechtsübereinkommen wurde angenommen.

Die geänderte Entschließung wurde angenommen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

VIII. Beratung der Änderungsanträge und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Die Aktualisierung der Reaktionen auf die hybride Taktik Russlands“, vorgelegt von Sonderberichterstatter Lord Jopling (Vereinigtes Königreich)

Sonderberichterstatter **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erklärte, das Ziel seines Entschließungsentwurfs sei es, die gesellschaftliche Resilienz, einschließlich die der Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu stärken. Ferner sollten die Cyber-Fähigkeiten der NATO weiterentwickelt und die Anpassung des Strategischen Konzepts der NATO an die neuen globalen Sicherheitsbedingungen vorgenommen werden.

Die acht Änderungsanträge wurden beraten und teilweise angenommen.

Die so geänderte Entschließung wurde angenommen.

IX. Vortrag von Konteradmiral Craig Baines, Kommandeur, Joint Task Force Atlantic, zum Thema „Kanadas Such- und Rettungsfähigkeiten (SAR)“

Konteradmiral **Craig Baines** eröffnete seinen Vortrag mit einem Video, das kanadische SAR-Kräfte in Aktion zeigte. Aufgrund der großen Entfernungen seien Such- und Rettungsmaßnahmen sehr schwierig. Er ging auf das Mandat der kanadischen SAR-Teams und die Rolle der für Luft, See und Boden zuständigen SAR-Akteure ein. Die unter militärischem Kommando stehenden und in drei SAR-Regionen unterteilten SAR-Teams reagierten jährlich auf ca. 9.000 Vorfälle. Die Einsätze im Norden stellten aufgrund der langen Entfernungen, der eingeschränkten Infrastruktur und extremen Temperaturen eine besondere Herausforderung dar. Die SAR-Teams arbeiten mit den lokalen Gemeinden zusammen. Abschließend gab er einen Überblick über die zukünftig verstärkten kanadischen SAR-Fähigkeiten. Die Luftwaffe, die Marine und die Küstenwache befänden sich in der Anfangsphase der Entwicklung unbemannter Fähigkeiten für SAR-Missionen im Norden, die zunehmend an Bedeutung gewinnen würden.

Die Diskussionsrunde begann Senatorin **Jane Cordy** (Kanada) mit einem Dank an den Konteradmiral für die von seinen Teams geleistete Arbeit. Sie bat um eine vertiefte Darstellung der Schwierigkeiten bei SAR-Einsätzen. Konteradmiral **Baines** erklärte, ein Helikopter benötige bis zu zwölf Stunden, um an bestimmte Orte zu gelangen. Wegen des Klimawandels nähmen menschliche Aktivitäten im Norden weiter zu. Gegenwärtig handle es sich hauptsächlich um Erkundungsaktivitäten, aber die Forscher müssten über die extremen und gefährlichen Bedingungen in der Region besser informiert werden. Senatorin **Brigitte Grouwels** (Belgien) erkundigte sich nach der Zusammenarbeit mit den USA an der südlichen Grenze und nach der Rolle der NATO bei Rettungsmissionen. Konteradmiral **Baines** wies auf die enge Zusammenarbeit zwischen kanadischen und amerikanischen SAR-Einheiten hin. Seine Teams würden nicht zögern, NATO-Einheiten im Bedarfsfall um Unterstützung zu bitten, da deren Fähigkeiten und Erfahrungen bekannt seien. Es bestehe eine gute bilaterale Zusammenarbeit mit den NATO-Ländern. Er betonte die Bedeutung des arktischen SAR-Abkommens von 2011.

X. Wahl der Mandatsträger

Abgeordnete **Mary Helen Creagh** (Vereinigtes Königreich) wurde zur stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Abgeordnete **Linda Sanchez** (Vereinigte Staaten) zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“ wiedergewählt. Abgeordnete **Zaida Cantera** (Spanien) wurde als Mitglied des Ausschusses im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat (UNIC) ernannt.

XI. Zukünftige Aktivitäten

Die Ausschussvorsitzende, Senatorin **Joëlle Garriaud-Maylam** (Frankreich), dankte der norwegischen Delegation für die Ausrichtung der Reise des Unterausschusses im Mai 2018 in Oslo, Bodø und Evenes, den parlamentarischen Gästen aus Katar für die Ausrichtung eines gemeinsamen Besuchs des Ausschusses mit den Mitgliedern der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten (GSM) sowie den ungarischen und tschechischen Abgeordneten für die Ausrichtung des gemeinsamen Besuchs des Unterausschusses mit dem Unterausschuss „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ in Budapest und Prag. Das Thema des 2019 geplanten Generalberichts der Abgeordneten Ulla Schmidt (Deutschland) werde den 70. Jahrestag der NATO zum Anlass nehmen, eine Bestandsaufnahme der Werte des Bündnisses vorzunehmen. Der Berichtsentwurf des Unterausschusses von Berichterstatterin Senatorin Jane Cordy (Kanada) werde sich mit dem Aufbau gesellschaftlicher Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen und der Sonderberichtsentwurf von Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) mit dem

Thema Grenzsicherung befassen. Sie informierte die Ausschussmitglieder über eine in der zweiten Jahreshälfte 2019 geplante Reise des Ausschusses nach Frankreich sowie vom Unterausschuss geplante Reisen nach Griechenland, Island und Schweden.

6. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, 17. November 2018, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Ivans Klementjevs** (Lettland). Zentrale Themen der Sitzung waren das internationale Handelssystem, die Weltraumstrategie und die Zukunft der Raumfahrtindustrie, die Wirksamkeit von Sanktionen sowie die Sicherheit der Energieversorgung in Europa.

I. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" zum Thema „Die Gefährdung des internationalen Handelssystems und die Erfordernis einer Rückkehr zu den Grundprinzipien", vorgelegt vom amtierenden Berichterstatter und Unterausschussvorsitzenden Abgeordneter Faik Öztrak (Türkei)

Der amtierende Berichterstatter und Unterausschussvorsitzender **Faik Öztrak** (Türkei) erklärte eingangs, das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene liberale Handelssystem habe nicht nur zu Wohlstand geführt, sondern auch die Sicherheitsordnung gefestigt. Zunehmende Spannungen im Handel und eine wachsende protektionistische Stimmung, verstärkt durch regionale Stagnation, Fiskalprobleme, die Flüchtlingskrise und den zunehmenden Einfluss populistischer und ultra-nationalistischer Bewegungen, führten mittelfristig zu einer Verringerung des Wohlstands und gefährdeten Investitionen. Er verwies auf Vergeltungsmaßnahmen als Folgen protektionistischer Strategien. Auch steckten viele internationale Institutionen in der Krise, die bei der Steuerung des internationalen Wirtschaftssystems mitwirken sollten. Faik Öztrak sagte, eine multilaterale Handelsordnung gegen Bilateralismus einzutauschen sei ein Fehler. Es brauche innovative, vorausschauende Politikstrategien, um den Herausforderungen zu begegnen. Notwendig seien Bildungs- und Ausbildungsprogramme für die Neuorientierung auf den Arbeitsmärkten sowie die Unterstützung des Mittelstands durch die Gründung von Netzwerken und den Abbau von kostensteigernden Vorschriften. Das Regelwerk des internationalen Handels müsse verbessert sowie die Welthandelsorganisation (WTO) unterstützt und gestärkt werden.

In der Diskussion fragte der Abgeordnete **Ziad Aboultaif** (Kanada) nach einer Strategie im Umgang mit China. Berichterstatter **Faik Öztrak** warb für Verhandlungslösungen. Abgeordneter **James Costa** (Vereinigte Staaten) sagte, einen Handelskrieg könne niemand gewinnen. Er erwähnte die negativen Auswirkungen der US-Zölle auf Stahl für die Autoindustrie in den USA. China leide deutlich weniger darunter. Auf die Frage des Abgeordneten **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) erklärte Berichterstatter **Faik Öztrak**, der technische Fortschritt und die Automatisierung kosteten mehr Arbeitsplätze als der Freihandel.

Der Bericht wurde anschließend einstimmig angenommen.

II. Vortrag von Éric Laliberté, Generaldirektor der kanadischen Weltraumagentur (Canadian Space Agency, CSA), zum Thema „Kanadas Weltraumprogramm: Wissenschaftliche, wirtschaftliche und strategische Auswirkungen"

Éric Laliberté gab einen Überblick über das kanadische Weltraumprogramm. Schwerpunkte der Aktivitäten seien die Beteiligung an der Internationalen Raumstation ISS im Bereich Robotik und das Radarsat-Programm (RCM). Als einziges Land außerhalb Europas sei man Kooperationspartner der Europäischen Weltraumorganisation (ESA). Mit Blick auf wirtschaftliches und wissenschaftliches Interesse an der Nutzung des Weltraums zeigte er die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile auf. Éric Laliberté veranschaulichte den Nutzen der Datenerhebungen und -auswertungen im Bereich Erdbeobachtung für die Katastrophenhilfe, Schiffsüberwachung und Landwirtschaft. Die flächendeckende Überwachung, beispielsweise des Meereseises der Arktis, liefere wichtige Erkenntnisse für die Schifffahrt und den Klimawandel. Er erläuterte die Bedeutung der Satellitentechnologie in den Bereichen Kommunikation und Navigation für den Alltag. Abschließend sagte Éric Laliberté, die internationale Zusammenarbeit sei wegen der enormen Kosten für Weltraumprojekte und zur Vermeidung gegenseitiger Störungen und Verteilungskämpfe von größter Bedeutung.

In der Diskussion erkundigte sich der Abgeordnete **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich) nach der Zukunft der Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der Internationalen Raumstation ISS. Éric Laliberté erläuterte, der

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Rahmen der internationalen Weltraumkooperation sei klar definiert. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sei sehr gut und werde fortgesetzt. Durch Weltraumprogramme seien Technologien entwickelt worden, die eine Präzisionslandwirtschaft ermöglichten und Ernteerträge prognostizieren könnten. Auf die Frage des Generalberichterstatters Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) nach der Zusammenarbeit mit der ESA erklärte Éric Laliberté, für Kanada als Kooperationspartner der ESA seien die Programme Kopernikus und Galileo von besonderer Bedeutung. Er thematisierte die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von internationalen Vereinbarungen und Abkommen für die Weltraumnutzung. Der Abgeordnete **Douglas Chapman** (Vereinigtes Königreich) fragte nach Erfahrungen, um das Interesse von Kindern und Jugendlichen für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu steigern. **Éric Laliberté** verwies auf ein Programm für Lehrkräfte zur Integration des Themas Weltraum in den Unterricht. Auch würden viele Schulen das Ergebnis der Astronauten-Auswahlverfahren nutzen, um sich mit den benötigten Fähigkeiten für diesen besonderen Beruf zu beschäftigen.

III. Vortrag von Richard Nephew, leitender Wissenschaftler am Center on Global Energy Policy, Columbia University, New York, zum Thema „Die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen als Instrument der Außenpolitik"

Richard Nephew sagte eingangs, Sanktionen seien inzwischen zu einem unverzichtbaren Teil der globalen Diplomatie geworden. Jedoch seien Sanktionen nicht in jedem Konflikt als Instrument geeignet und könnten nicht jedes Problem lösen. Auch dürften die Kosten und Risiken auf beiden Seiten nicht unterschätzt werden. Beispielhaft zeigte er an den Sanktionen gegenüber dem Iran, Nordkorea und Russland die Ursachen, Wirkungen und Folgen auf. Es sei inzwischen ein großes Problem, dass die transatlantische Einigkeit in vielen Punkten nicht mehr bestehe. Richard Nephew empfahl eine umfassende Planung und tiefgehende Analyse von Sanktionen, vergleichbar mit militärischen Maßnahmen in Notfällen. Auch warb er für die Entwicklung eines ständigen Konsultationsforums zwischen den USA und Europa zu Sanktionsfragen. Abschließend erklärte er, der parlamentarische Dialog bei Sanktionen sei für eine kooperative Zusammenarbeit im Bündnis von entscheidender Bedeutung.

Der Abgeordnete **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) wies darauf hin, dass sich der Generalbericht im kommenden Jahr mit dem Thema befassen werde. Mit Bezug auf den Mord am saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi thematisierte er das Spannungsfeld zwischen Moral und Politik. **Richard Nephew** führte aus, bei der Androhung und dem verhängen von Sanktionen fehle oft die klare Botschaft, worum es geht und unter welchen Bedingungen die Maßnahmen wieder aufgehoben würden. Der Abgeordnete **James Costa** (Vereinigte Staaten) nannte das Atomabkommen mit dem Iran ein erfolgreiches Beispiel für die Wirksamkeit von Sanktionen. **Richard Nephew** bedauerte das Fehlen einer konsistenten Fortsetzung dieser Politik der USA. Er fuhr fort, Ursache und Wirksamkeit von Sanktionen müssten regelmäßig überprüft werden. Das Bündnis dürfe sich nicht vor angedrohten wirtschaftlichen Konsequenzen fürchten, man solle sich immer der eigenen Wirtschaftskraft bewusst sein.

IV. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Zukunft der Raumfahrtindustrie", vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) nahm Bezug auf den vergangenen Besuch in Toulouse, dessen Schwerpunkt die französische Raumfahrtindustrie gewesen sei. Der zukunftsorientierte Wirtschaftszweig stärke die Region und schaffe Arbeitsplätze. Senator Bockel verdeutlichte neben den vielfältigen Chancen der Weltraumnutzung auch die Risiken wie potentielle Cyber-Attacken, Weltraumschrott und staatliche Rivalitäten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einige Vorfälle mit vermutlich russischer und chinesischer Beteiligung. Im wirtschaftlichen und strategischen Wettbewerb würden neben staatlichen inzwischen auch zunehmend private Akteure agieren. Für die Zukunft und eine verantwortungsvolle Nutzung des Weltraums seien Regelungen und Regulierungen in einem neuen Weltraumrecht erforderlich, die von allen anerkannt würden und der veränderten Situation angepasst seien. Er warnte vor einer Militarisierung des Weltraums. Abschließend warb Senator Bockel für die Entwicklung von wiederverwendbaren Trägerraketen, die Kosten einsparen und den Weltraumschrott reduzieren.

Der Bericht wurde mehrheitlich angenommen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

V. Beratung des Entschließungsentwurfs „Chancen und Herausforderungen auf einer sich verändernden Weltraumbühne", vorgelegt von Generalberichterstatter Senator Jean-Marie Bockel (Frankreich)

Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) nahm Bezug auf die Schlussfolgerungen des Generalberichts. Die Entschließung bekräftige die von der NATO in Brüssel vereinbarte gemeinsame Weltraumpolitik sowie eine verstärkte Zusammenarbeit von Staaten und auch Privatfirmen. Auch müsse das Ausmaß des Weltraumschrotts verringert werden.

Die Entschließung wurde mit zwei Änderungen einstimmig angenommen.

VI. Beratung des Berichtentwurfs des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung" zum Thema „Herausforderungen für die Energiesicherheit in Mittel- und Osteuropa", vorgelegt von Berichterstatterin Abgeordnete Ausrine Armonaite (Litauen)

Berichterstatterin **Ausrine Armonaite** (Litauen) verwies auf die elementare Bedeutung der Sicherheit der Energieversorgung für Europa. Diversifizierung und die Verbesserung der Infrastruktur seien dafür entscheidend. Sie kritisierte die anhaltend hohe Förderung für fossile Brennstoffe. Auch dürfe man die Gefahr von Cyber-Attacken für die Energienetze nicht unterschätzen. Die Berichterstatterin ergänzte, Nord Stream 2 bedrohe die Einheit und Sicherheit der NATO und erhöhe die Abhängigkeit von Russland. Ein geeintes Europa sei stärker als bilaterale Wirtschaftsabkommen.

Abgeordnete **Olga Bielkova** (Ukraine) bezifferte den Verlust ihres Landes durch das Projekt auf rund drei Milliarden US-Dollar, wobei finanzielle Verluste zweitrangig seien. Die aktuell genutzte Pipeline sei vielmehr eine Garantie für den Frieden in der Region. Der Abgeordnete **Jürgen Hardt** (Deutschland) erklärte, er werde dem Berichtsentwurf nicht zustimmen. In der deutschen Koalitionsregierung habe es keinen Konsens zum Projekt Nord Stream 2 gegeben. Die Regierung habe sich auf die Position zurückgezogen, dass es ein rein privatwirtschaftliches Projekt sei. Er finde diese Argumentation nicht glücklich und habe das auch der deutschen Bundeskanzlerin gegenüber geäußert. Die Bedenken der anderen dürften nicht ignoriert werden. Nord Stream 2 stelle jedoch keine Gefahr für andere Länder da. Er betonte, dass Deutschland sich an der Finanzierung eines LNG-Terminals beteilige und die Ukraine politisch und finanziell unterstütze. Den Vorwurf, das Projekt richte sich als Strafe gegen die Ukraine, weise er entschieden zurück. Abschließend sprach er sich für eine Fortsetzung des Dialogs und einen fairen Umgang aus. Die Berichterstatterin **Ausrine Armonaite** entgegnete, das Projekt stehe nicht im Einklang mit EU-Recht und sei auch politisch problematisch. Russland investiere die Einnahmen aus den Energielieferungen in außenpolitische Aktivitäten, die nicht im Interesse der EU und NATO seien. Der Abgeordnete **Jürgen Hardt** (Deutschland) erwiderte, die EU habe Mechanismen um zu entscheiden, ob das Vorhaben im Einklang mit dem EU-Recht sei. Er nahm Bezug auf den Gaslieferungsvertrag, den Deutschland während der Regierungszeit des damaligen russischen Präsidenten Breschnew geschlossen habe und der ein positiver Beitrag zur Entspannung gewesen sei. Er warb für die Trennung von ökonomischen und politischen Themen.

Der Bericht wurde mit Änderungen bei mehreren Gegenstimmen (unter anderem von Deutschland) und einer Enthaltung angenommen.

VII. Beratung des Entschließungsentwurfs „Energiesicherheit: Eine strategische Herausforderung für das Bündnis", vorgelegt von Berichterstatterin Ausrine Armonaite (Litauen)

Berichterstatterin **Ausrine Armonaite** (Litauen) nahm Bezug auf die Schlussfolgerungen des Berichts. Die Reform der europäischen Energiemärkte durch die Einführung von Liberalisierungsmaßnahmen solle unterstützt werden. Thematisiert werde, dass die übermäßige Abhängigkeit von russischer Energie für Europa weitreichende Folgen haben könne.

Die Entschließung wurde mit einigen Änderungen bei drei Gegenstimmen (unter anderem von Deutschland) und mehreren Enthaltungen angenommen.

VIII. Zukünftige Aktivitäten

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung", Abgeordneter **Michal Szczerba** (Polen), berichtete von der durchgeführten Reise nach Aserbaidschan. Für den Bericht im nächsten Jahr zum Thema Nordmazedonien kündigte er im März einen Besuch in der Hauptstadt Skopje an. Im Herbst sei ein Rose-Roth-Seminar

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

in Bosnien und Herzegowina geplant. Der Vorsitzende des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen", Abgeordneter **Faik Öztrak** (Türkei), kündigte Reisen nach Deutschland im März sowie im Juni nach Washington D.C. und Seattle (USA) an. Die digitalen Märkte und die Internetsicherheit werden Themen des Berichts im Jahr 2019 sein.

IX. Personalien

Zum neuen Berichterstatter des Ausschusses wurde Abgeordneter **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) gewählt. Der bisherige Generalberichterstatter Senator **Jean-Marie Bockel** (Frankreich) fand als neuer Berichterstatter im Unterausschuss „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen" die Unterstützung seiner Ausschusskolleginnen und -kollegen. Im Unterausschuss „Übergang und Entwicklung" wurden die Abgeordneten **James Costa** (Vereinigte Staaten), **Luigi Bianchi** (Italien) und **Luk van Biesen** (Belgien) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Alle anderen Funktionsträger, die erneut wählbar waren, wurden in ihren Ämtern bestätigt.

7. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie kam am Sonntag, 18. November 2018, unter dem Vorsitz der Abgeordneten **Maria Martens** (Niederlande) zusammen, um die Themen Russlands Einmischung in Wahlen und Volksbefragungen, Technologischer Stand der NATO, INF-Vertrag und Cyber-Attacken durch Extremisten und Terroristen zu diskutieren.

I. Beratung des Generalberichtsentwurf „Die Einmischung Russlands in Wahlen und Volksbefragungen innerhalb des Bündnisses", vorgelegt von Generalberichterstatterin Abgeordnete Susan Davis (Vereinigte Staaten)

In ihrem Generalberichtsentwurf zur Einmischung Russlands führte Generalberichterstatterin Abgeordnete **Susan Davis** (Vereinigte Staaten) aus, dass Informationsmanipulationen dazu dienten, nationale Einrichtungen in ein falsches Licht zu stellen und damit gesellschaftliche Brüche zu vertiefen. Von diesen Hackerangriffen und *leak*-Aktionen seien ihrer Kenntnis nach alle Bündnisländer betroffen. Die Generalberichterstatterin forderte alle Parlamente auf, Standardverfahren bereits weit vor den anstehenden Wahlen einzuführen, um so potentielle Cyber-Angriffe abzuwehren. Auch sollten die Regierungen und nicht-staatlichen Einrichtungen *best practices* untereinander austauschen und ihre Reaktionen auf Hackerangriffe miteinander abstimmen, wobei sie einräumte, dass es sicher keine Universallösung für alle Länder gebe.

Kritisch hinterfragte Abgeordneter **Dr. Roland Hartwig** (Deutschland), warum sich der Bericht ausschließlich auf Russland fokussiere, wo es doch eindeutig auch andere Akteure gebe. Der Fragesteller wollte darüber hinaus gerne wissen, wo denn die Grenze zu ziehen sei zwischen Einmischung in Wahlen und freier Meinungsäußerung, und warnte vor Zensur. Generalberichterstatterin **Susan Davis** erwiderte, dass es zahlreiche und ausführliche Beweise für die Einmischung Russlands zur Destabilisierung von Demokratien gebe und unterstrich, niemand wolle Zensur. Abgeordneter **Andrea Cangini** (Italien) erkundigte sich nach den Möglichkeiten, die Verursacher der Falschinformationen zu identifizieren und zu stoppen. Generalberichterstatterin **Susan Davis** berichtete, dass sozialen Plattformen sehr früh - sofern es eine Vereinbarung mit der Regierung dazu gegeben habe - Falschinformationen gelöscht hätten. Allerdings müsse auch die Resilienz jedes einzelnen Nutzers gestärkt werden. Abgeordneter **Giorgi Kandelaki** (Georgien) ergänzte, Russland beschäftige nachweisbar gut bezahlte Trolle, um Fehlinformationen zu streuen. Die Präsidentin der Versammlung, **Rasa Jukneviciene** (Litauen), bestätigte die Absicht Russlands, durch gezielte Hackerangriffe in bestimmten Ländern westliche Werte und Demokratie zu erschüttern.

Der Berichtsentwurf wurde mit einer Gegenstimme angenommen ebenso wie der Entschließungsentwurf.

II. Beratung des Sonderberichtsentwurf „Die NATO und Wissenschaft und Technologie: Den Vorsprung der NATO bei der Agilität wahren und vergrößern", vorgelegt von Sonderberichterstatterin Abgeordnete Leona Alleslev (Kanada), mit anschließendem Rundgespräch

Sonderberichterstatterin Abgeordnete **Leona Alleslev** (Kanada) fasste ihren Bericht zusammen und beleuchtete dabei den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung im Bündnis und wie sie zukünftig aufgestellt sein sollte. Zunächst unterstrich sie die große Bedeutung des Themas für die Allianz und warnte davor, dass die NATO zu schwerfällig auf neue Forschungsergebnisse reagiere und deshalb für die Zukunft nicht ausreichend gerüstet

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

sein könnte. Angesichts komplexer und diffuser Faktoren, welche die moderne Kriegsführung beeinflussten, seien rasche und anpassungsfähige Reaktionen unabdingbar. Leona Alleslev erinnerte an die 2014 vereinbarten Verteidigungsinvestitionen und empfahl den Verbündeten, ihre Investitionen transparenter zu gestalten. Als weitere Herausforderung nannte die Sonderberichterstatterin die Gewinnung und langfristige Verpflichtung von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren für die Streitkräfte, was angesichts der Attraktivität finanzstarker privater *Tech*-Unternehmen sehr schwierig geworden sei. Um einen besseren *output* zu generieren, plädierte sie für eine viel stärkere Vernetzung der Wissenschaftler mit den militärischen Planern und Beschaffern. Letztlich sprach sie sich auch für eine Rahmenvereinbarung zwischen den Bündnisländern aus, anhand derer die Beachtung der vereinbarten wissenschaftlich-technischen Vorgaben konkret nachverfolgt werden könne.

Gordon B. Davis von der *Defence Investment Division* der NATO bezeichnete seine Abteilung als Expertengremium, das den politischen Ausschüssen und anderen Entscheidungsträgern der NATO zuarbeite und für eine effektive Verknüpfung der Rüstungscommunity mit den Hauptakteuren bei den Rüstungsfähigkeiten sorge. Was die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis anbelange, untermauerte er die von der Sonderberichterstatterin ausgesprochenen Empfehlungen. Seine Abteilung verfolge bei Symposien, *workshops* und in Veröffentlichungen sehr präzise die aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen, initiiere Studien und richte den wissenschaftlichen Fokus auf die Prioritäten der Verteidigungsplanung. **Auke Venema** vom NATO *Science and Technology Board* pflichtete dem Vorredner wie auch der Sonderberichterstatterin bei, was die große Bedeutung der wissenschaftlich-technologischen Forschung im Verteidigungsbereich anbelange, und nannte drei Ziele seiner Arbeitseinheit: die Entwicklung von Fähigkeiten beschleunigen, zielgerichtet und zeitgerecht zu beraten und schließlich Fähigkeiten mittels Partnerschaften aufzubauen. Im Gegensatz zu früher, als F&E durch militärische Anforderungen vorangebracht worden seien, gehe nun der Innovationsimpuls von den großen *Tech*-Firmen Kaliforniens aus, so dass die NATO ihre Zusammenarbeit mit Verteidigungsfirmen neuen Zuschnitts verbessern müsse. Im Übrigen sei es angesichts des immensen Forschungs- und Entwicklungsaufwands bei *high-tech*-Militärprojekten einzelnen Ländern fast unmöglich, diese Aufgabe allein zu stemmen.

Die anschließende Diskussion kreiste um die Frage, wie die NATO der rasanten technologischen Entwicklung folgen könne. Abgeordneten **Sven Koopmans** (Niederlande) interessierte besonders, welche konkreten Projekte es gebe, und Abgeordneter **Dr. Roland Hartwig** (Deutschland) bemerkte, dass einige NATO-Länder - USA und Vereinigtes Königreich - den anderen Verbündeten weit voraus seien, und fragte, wie daraus ein gemeinsamer Mehrwert gewonnen werden könne. Sowohl die Sonderberichterstatterin als auch die Experten unterstrichen die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Alliierten bei F&E sowie einer guten Kooperation mit Firmen. Ganz wichtig sei auch, die bislang jahrelangen Beschaffungsprozesse sehr deutlich zu verkürzen und zu straffen.

Der Berichtsentwurf wurde ebenso verabschiedet wie der gleichgerichtete Entschließungsentwurf.

III. Vortrag von Dr. Peter Brookes (Vereinigte Staaten) Wissenschaftler der Heritage Foundation zum Thema „Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (IBF) zum INF-Vertrag“

Mit einem Rückblick auf den Ursprung des INF-Vertrages startete **Dr. Peter Brookes** seinen Vortrag; mit dem Vertrag sei das Ende des Kalten Krieges eingeläutet und mehr als 2.600 nukleare Mittelstreckenraketen seien vernichtet worden. Heute jedoch habe der Vertrag eine begrenztere Wirkung, weil er nur die landgestützten Systeme berücksichtige. Seit 2008 besitze Russland eine neue Rakete - die SSC-8. Weil Russland bislang auf die diplomatischen Schritte im Hinblick auf die russischen Vertragsverletzungen ignoriert habe, plädierte Dr. Peter Brookes für ein energischeres Vorgehen. Er vermutete, dass Russland den Vertrag in der Hoffnung missachte, so einen Keil in das Bündnis zu treiben. Eine weitere Gefahr bestehe für die Vereinigten Staaten als Pazifikanrainer darin, dass China kein INF-Vertragspartner sei. Fast 95 Prozent der chinesischen Raketen wären mit dem INF-Vertrag nicht vereinbar. Auch deshalb wären die USA zu einer Neuverhandlung bereit, anderenfalls stehe auch der Rückzug aus dem Vertrag im Raum.

Abgeordneter **Dr. Roland Hartwig** (Deutschland) betonte, wie sehr gerade Deutschland in der Vergangenheit vom INF-Vertrag profitiert habe. Dass China in den Vertrag eingebunden werden könne, hielt er für sehr unwahrscheinlich. Ob der INF nicht überholt sei, weil inzwischen zahlreiche neue Raketensysteme eingesetzt würden, fragte er den Vortragenden. **Dr. Peter Brookes** erwiderte, dass die SSC-8 wie auch potentiell neue Waffen für Europa eine Bedrohung darstellten. Russlands Kalkül könne so aussehen, dass es mit der EU, nicht jedoch den USA verhandeln wolle, um sie aus dem Vertrag herauszustoßen. Abgeordneter **Veli Yuksel** (Belgien) erkundigte sich, ob die USA nicht bereits eigene Raketen als Reaktion auf die SSC-8 entwickelt hätten, die sie in Europa

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

stationieren könnten. **Dr. Peter Brookes** bestätigte, dass in den Vereinigten Staaten darüber nachgedacht werde, neue US-Raketen - see- und luftgestützt - zu entwickeln; ob sie in Europa stationiert werden könnten, ließ er offen.

IV. Rundgespräch zum Thema „Die Nutzung des Cyber-Raumes durch Extremisten und Terroristen"

Für den abwesenden slowenischen Berichterstatter Matej Tonin stellte Abgeordneter **Bruno Vitorino** (Portugal) den Berichtsentwurf „Dunkle Geschäfte: Wie Terroristen verschlüsselte Nachrichten, das Darknet und Kryptowährungen nutzen" des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ vor und skizzierte den modernen Werkzeugkasten von Terroristen und Extremisten: verschlüsselte Nachrichten, *dark web* und Kryptowährungen, um ihre Propagandamaschinerie, interne Kommunikation und Finanzierung zu bewerkstelligen. Bezeichnenderweise nutzten Terroristen keine Kryptowährungen, was dafür spreche, dass sie sich auf anderem Wege ihre Finanzquellen sicherten. Bruno Vitorino mahnte, dass Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden diese Entwicklungen engmaschig überwachen sollten.

Tadej Nared von der *Slovenian Certified Ethical Hackers Foundation* veranschaulichte den Ausschussmitgliedern anhand einer Graphik aller industrieller Steuerungssysteme, warum diese über das Internet zugängigen Systeme - überwiegend in den USA und Europa zu finden - als kritische Infrastruktur so anfällig seien. Aufgrund dessen plädierte er dafür *Certified Ethical Hacker* nicht zu kriminalisieren, weil sie einen bedeutenden Beitrag leisteten zur Aufdeckung von IT-Schwachstellen.

Abgeordnete **Cheryl Gallant** (Kanada) fragte, was zu tun sei, um die *Ethical Hackers* zu unterstützen. **Tadej Nared** verwies darauf, dass Spezialisten auf dem Gebiet rar seien; eine Unterstützung könnte darin bestehen, die Gesetzgebung im Hinblick auf *Ethical Hackers* zu ändern. Ihre Grundmotivation liege im Schutz der digitalen Welt - vergleichbar seien sie mit Umweltschützern in der analogen Welt. Unverzichtbar sei auch eine Anlaufstelle, wo die *Ethical Hackers* ihre Informationen herantragen könnten - aus seiner Sicht sei die NATO dafür gut geeignet, denn die vielfältigen Cyber-Attacken erforderten eine internationale geschlossene Reaktion.

Ohne Änderungen wurde der Berichtsentwurf angenommen

V. Personalien

Zu neuen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden wurden die Abgeordneten **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreicht), **Njall Trausti Fridbertsson** (Island) und **Jean-Christophe Lagarde** (Frankreich) gewählt. Im Unterausschuss wurden die Abgeordneten **Bruno Vitorino** (Portugal), **Dr. Karl-Heinz Brunner** (Deutschland) sowie **Marta Demeter** (Ungarn) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Alle anderen Funktionsträger, die erneut wählbar waren, wurden in ihren Ämtern bestätigt.

VI. Zukünftige Aktivitäten

Die Vorsitzende nannte Singapur als Ziel, um vor Ort Informationen über die Entwicklung bei F&E zu gewinnen; für den Unterausschuss sind Besuche im Vereinigten Königreich sowie Kanada zur Beobachtung des Seemanövers „Cutlass Fury" geplant.

8. Plenarsitzung

Am Montag, 19. November 2018, fand unter dem Vorsitz der Präsidentin der NATO PV, **Rasa Jukneviciene** (Litauen), die Plenarsitzung in Halifax statt. Eine Vertreterin der Ureinwohner Kanadas segnete eingangs die Plenarsitzung in einer Zeremonie.

I. Ansprache der Präsidentin der NATO PV, Rasa Jukneviciene

Die Präsidentin betonte eingangs, dass ihr die transatlantischen Beziehungen besonders wichtig seien und sie deshalb ihren ersten offiziellen Besuch zur NATO nach Brüssel und einen weiteren in die Vereinigten Staaten unternommen habe. Alle Gesprächspartner in Brüssel wie Washington hätten unisono ihr Bekenntnis zur NATO, ihren Werten und Verpflichtungen bekräftigt; konkret finde beides seinen Niederschlag im US-amerikanischen Beitrag zur *Forward Presence* und *European Defence Initiative.* Angesichts der aktuellen Herausforderungen,

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

denen sich alle Bündnisländer gegenübersähen, müsse jedes Land seinen Zwei-Prozent-Verpflichtungen nachkommen. Als erste Herausforderung nannte Rasa Jukneviciene das zunehmend selbstbewusste Russland mit einer wachsenden militärischen Präsenz und Einflussnahme - nicht nur um Stärke zu demonstrieren, sondern auch um das internationale regelbasierte System zu testen. Neben dem Bruch des INF-Vertrages wende Russland hybride Taktiken an, um demokratische Institutionen zu untergraben. So komme den Parlamenten - wie auch der NATO PV - als Wächtern der Demokratie eine besondere Bedeutung zu. In einer globalisierten Welt sei die Bündnissicherheit auch von außen bedroht - durch Instabilität in Nordafrika und dem Nahen Osten, wo Kriege und humanitäre Katastrophen zu großen Flüchtlingsbewegungen führten. NATO wie auch EU versuchten auf vielfältige Weise das Leid zu lindern und Stabilität herbeizuführen, denn was dort geschehe, habe unmittelbaren Einfluss auf die Bündnisländer. Aber auch in unmittelbarer Nachbarschaft zur Allianz gebe es noch viel zu tun. Am Beispiel des „jüngsten" NATO-Mitglieds Montenegro seien die positiven Effekte der Mitgliedschaft sofort spürbar, so dass Montenegro als ein Modell für die Region betrachtet werden könne. Letztlich schloss Rasa Jukneviciene auch nicht aus, dass auf lange Sicht, in einer Post-Putin-Ära sich Russland zu einer Demokratie entwickeln könnte.

II. Ansprache des kanadischen Verteidigungsministers, Harjit Singh Sajjan

Die NATO werde aktuell mehr benötigt als vielleicht jemals zuvor, begann der Verteidigungsminister **Harjit Singh Sajjan** seine Ansprache. Das aggressive Verhalten Russlands in Osteuropa, die Cyber-Kriminalität oder die wachsende Instabilität in der ganzen Welt, die NATO stehe immer komplexeren Bedrohungen im Wandel gegenüber, die kein Land alleine bekämpfen könne. Er erläuterte die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Kanadas, die mit der *Defence Policy 2017* („Strong, Secure, Engaged") bestätigt wurde. Zentrale Punkte seien dabei das Nordamerikanische Luft- und Weltraum-Verteidigungskommando (NORAD) sowie die Beiträge zur NATO und zu den Vereinten Nationen. Kanada beteilige sich durch den Einsatz von Kampfflugzeugen am *Air Policing*, seit August an der Mission MINUSMA Mali, im Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) und unterstütze die ukrainischen Streitkräfte durch eine Ausbildungsmission. Aktuelle Prioritäten seien die Modernisierung der vorhandenen Geräte und Investitionen in neue Kampfflugzeuge. Die NATO stehe für die Erhaltung des Friedens weltweit und Kanada sei stolz, ein Teil davon zu sein.

Auf die Fragen der Abgeordneten **Cheryl Gallant** (Kanada) sowie **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) erläuterte **Harjit Singh Sajjan**, Kanada werde zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft zusätzlich 18 Flugzeuge der australischen Luftstreitkräfte erwerben. Große Bedeutung habe das Projekt der Beschaffung von 88 neuen Kampfflugzeugen. Er betonte, jedes Land sollte die Entscheidungsfreiheit haben, welches Gerät zur Erfüllung der Verpflichtungen beschafft werde. Für Kanada sei es eine besondere Herausforderung, gleichzeitig seine Beiträge zum NORAD und zur NATO zu leisten. Mit Bezug auf den Kommentar des Abgeordneten **Ivans Klementjevs** (Lettland) zur Stärkung des Bündnisses sagte **Harjit Singh Sajjan**, bei den Einsätzen zeige die NATO ihre Operabilität. Entscheidend seien Investitionen in Kapazitäten und Fähigkeiten sowie in Forschung und Entwicklung, um den technologischen Vorsprung zu behalten.

III. Ansprache der stellvertretenden Generalsekretärin der NATO, Rose Gottemoeller

Eingangs würdigte die stellvertretende Generalsekretärin **Rose Gottemoeller** die NATO PV als wichtigen Mittler zwischen dem NATO-Hauptquartier und der Bevölkerung in den Bündnisländern; das sei gerade jetzt, wo Desinformationskampagnen und *fake news* in großem Stil lanciert würden, sehr wichtig. Vor wenigen Tagen erst habe sie den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkrieges beigewohnt, auf den nur zwei Jahrzehnte später der Zweite Weltkrieg mit Millionen von Opfern gefolgt sei. Erst danach seien neue Wege eingeschlagen worden, um die internationalen Beziehungen mit der Gründung der VN und der NATO friedlich und einvernehmlich zu regeln. Seit nunmehr 70 Jahren bestehe das Bündnis - diese Einheit zwischen den USA, Kanada und Europa habe die Alliierten stärker, sicherer und wohlhabender gemacht. Durch unterschiedliche Sichtweisen werde das Bündnis bisweilen auf die Probe gestellt; das sei in der Vergangenheit immer mal wieder der Fall gewesen und das werde auch in Zukunft nicht ausbleiben. Gemeinsame Werte und gemeinsames Handeln blieben davon jedoch unberührt, wie es das jüngste gemeinsame Manöver *Trident Juncture* eindrucksvoll mit 50.000 Soldatinnen und Soldaten aus den 28 Bündnisländern sowie Finnland und Schweden unter Beweis gestellt habe. Positiv bewertete Rose Gottemoeller die angestiegenen Verteidigungsausgaben zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit. Damit dokumentiere das Bündnis seine Bereitschaft, jedes Bündnismitglied gegen jegliche Bedrohung zu verteidigen. Und Bedrohungen gebe es nach wie vor noch genug: internationalen Terrorismus, Proliferation

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

von Massenvernichtungswaffen und ein zunehmend aggressives Russland, das die Krim annektiert habe, die Ostukraine weiter destabilisiere, Cyber-Attacken fahre und im Vereinigten Königreich einen Giftgasanschlag verübt habe. Beunruhigt zeigte sich Rose Gottemoeller auch über die Nichteinhaltung des 1987 geschlossenen INF-Vertrages durch die Entwicklung der SSC-8 durch Russland. Angesichts dieser Fakten sei es gut, dass die NATO mit einer Stimme spreche und Entschlossenheit zeige. Abschließend bat Rose Gottemoeller die Delegierten um Unterstützung bei ihren Wählerinnen und Wählern, bei den Menschen in ihrem Land für die Aufgaben und Werte der NATO zu werben und sie zu erläutern.

Die Aussprache läutete Abgeordneter **Philippe Folliot** (Frankreich) mit der Frage ein, wie die NATO dazu beitragen könne, die Lage in der SAHEL-Zone, wo Terror und Drogenanbau gedeihe, zu verbessern. **Rose Gottemoeller** unterstrich das große Interesse der NATO an der Befriedung der Region und verwies auf ihre Aktivitäten im Rahmen des Mittelmeerdialogs. Sie erwähnte auch die unterschiedlichen Projekte der EU, um die SAHEL-Region wirtschaftlich voranzubringen. Abgeordneter **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) würdigte das kürzlich in seinem Land durchgeführte NATO-Manöver als außerordentlich erfolgreich. Abgeordnete **Thorgerdur Gunnarsdottir** (Island) zeigte sich beunruhigt über den zunehmenden Einfluss Russlands auf den Hohen Norden, der strategisch und wirtschaftlich immer bedeutender werde – auch im Hinblick auf die in 20 Jahren wohl dauerhaft offene Nordpassage –, und über die Gefahr durch hybride Attacken. **Rose Gottemoeller** dankte dem norwegischen Delegierten für die Gastfreundschaft während des Manövers und bemerkte, dass die Nordpassage dem globalen Handel sicher Auftrieb geben werde. Was die Militarisierung des Hohen Nordens anbelange, sah Rose Gottemoeller die NATO in der Pflicht, dem Geschehen dort mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Im Übrigen sei der *Arctic Council* ein sehr hilfreiches Instrument zur Interessenvertretung der Anrainerstaaten. Rose Gottemoeller bekräftigte, dass im Fall von hybriden oder Cyber-Attacken Artikel 5 zur Anwendung kommen könne. Abgeordneter **Andreas Loverdos** (Griechenland) kritisierte, dass die NATO den Süden zu wenig beachte, den von dort ausgehenden Risiken durch Migration und Terror. **Rose Gottemoeller** widersprach der Einschätzung des griechischen Abgeordneten und nannte die Istanbuler Erklärung sowie ein Kooperationsabkommen zwischen den VN und der NATO als wirksame Instrumente, um den Herausforderungen im Süden der Allianz zu begegnen. Abgeordneter **Jürgen Hardt** (Deutschland) unterstützte uneingeschränkt das *burden sharing* unter den NATO-Partnern und verwies dabei auf die 17prozentige Steigerung des deutschen Verteidigungshaushaltes. Einig war Jürgen Hardt auch mit Rose Gottemoeller was die Einschätzung des Vertragsbruches bei den Mittelstreckenraketen durch Russland anbelangte. Abgeordneter **David McAllister** (Europäisches Parlament) hob die Fortschritte hervor, welche EU und NATO seit der Warschauer Erklärung bei ihrer Zusammenarbeit erzielt hätten.

IV. Ansprache des Parlamentspräsidenten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Talat Xhaferi

In seiner Ansprache bedankte sich Parlamentspräsident **Talat Xhaferi** bei den Alliierten für die Unterstützung seines Landes auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft in der NATO. Seit der assoziierten Mitgliedschaft 1994 habe sein Land eine aktive Rolle innerhalb der NATO eingenommen. Er nannte die Beiträge im Rahmen der Einsätze im Irak und in Afghanistan. Sein Land orientiere sich seit der Unabhängigkeit an den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie und an den rechtsstaatlichen Standards. Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen und Rechtssicherheit seien notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Mitgliedschaft in der NATO verstärke die Sicherheit und könne dazu beitragen, dass sich ausländische Investoren engagierten. Er verwies auf Meinungsumfragen, nach denen eine große Mehrheit in der Bevölkerung die transatlantische Integration unterstütze. Vor diesem Hintergrund betonte er, dass die verbleibenden Hindernisse beseitigt werden müssten. Die nordmazedonische und die griechische Seite hätten den politischen Willen gezeigt, den Namensstreit durch das sogenannte Prespa-Abkommen zu beenden. Der Parlamentspräsident dankte für die andauernde Unterstützung durch die NATO. Neben den finanziellen Zuwendungen sei die Kooperation bei der Durchführung von grundlegenden Reformen von unschätzbaren Wert, von denen die zukünftigen Generationen profitieren würden. Er bekräftigte, Nordmazedonien werde seine Verpflichtungen im Rahmen der NATO auch in Zukunft erfüllen.

In der anschließenden Diskussion erkundigte sich Abgeordneter **Zsolt Nemeth** (Ungarn) nach dem Verhältnis zwischen den verschiedenen Ethnien in Nordmazedonien und welche Folgen die angestrebte transatlantische Integration haben könne. Parlamentspräsident **Talat Xhaferi** legte dar, dass die Mitgliedschaft in der NATO und in der EU sich positiv auf die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Ethnien auswirken würde. Die erforderlichen Verfassungsänderungen könnten diese Entwicklung positiv unterstützen und zum Schutz von Minderheitenrechte beitragen. Abgeordneter **Julio Miranda Calha** (Portugal) erkundigte sich nach den Folgen des Referendums zur Frage der Mitgliedschaft in EU und NATO. Parlamentspräsident **Talat Xhaferi** verwies darauf, dass

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

die Abstimmung lediglich konsultativ und nicht bindend gewesen sei, da die für die Umbenennung Mazedoniens notwendige Verfassungsänderung nur vom Parlament verabschiedet werden könne. Eine große Mehrheit derjenigen, die sich am Referendum beteiligt hätten, sei für die Namensänderung gewesen. Dass das erforderliche Quorum nicht erreicht worden sei, sei auf den Boykottaufruf durch die Opposition zurückzuführen. Das nordmazedonische Parlament unterstütze das Abkommen weiterhin. Abgeordneter **Christos Karagiannidis** (Griechenland) bekräftigte den Willen, die Kooperation zwischen Griechenland und Nordmazedonien zu stärken, und verwies auf die zahlreichen bilateralen Gespräche. Nach politisch schwierigen Jahren in der Balkan-Region sei der Wille gewachsen, Frieden und eine enge Zusammenarbeit auf der Grundlage eines stärkeren gegenseitigen Verständnisses zwischen den Nachbarländern anzustreben.

V. Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2019

Der Schatzmeister der Versammlung, Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg), erläuterte den Haushaltsentwurf der Versammlung für das kommende Haushaltsjahr 2019. Der Ansatz werde geringfügig um 2,6 Prozent erhöht.

Der Entwurf wurde einstimmig angenommen.

VI. Wahl der Präsidentin und der Vizepräsidenten der Versammlung

Das Plenum wählte per Akklamation die Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) zur neuen Präsidentin der Versammlung. Der Vizepräsident Abgeordneter **Vitalino Canas (**Portugal) wurde per Akklamation wiedergewählt. Die Abgeordneten **Osman Askin Bak** (Türkei), **Richard Benyon** (Vereinigtes Königreich), **Michael R. Turner** (Vereinigte Staaten) und Senator **Franklin van Kappen** (Niederlande) wurden per Akklamation zu Vizepräsidenten der Versammlung gewählt.

VII. Beratung der Entschließungsentwürfe

Der Entschließungsentwurf „**Chancen und Herausforderungen auf einer sich verändernden Weltraumbühne**“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit sowie der Entschließungsentwurf „**Die Bewahrung des Vorsprungs in Wissenschaft und Technologie und die Erhöhung der Agilität des Bündnisses**“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurden vorgestellt und ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Der Entschließungsentwurf „**Die Aktualisierung der Reaktionen auf die hybride Taktik Russlands**“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit, der Entschließungsentwurf „**Stärkung des Beitrags der NATO zur Bewältigung der Herausforderungen aus dem Süden**“ des Politischen Ausschusses sowie der Entschließungsentwurf „**Die Sicherung von Wahlen im Bündnis**“ des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie wurden vorgestellt und von der Versammlung ohne Aussprache verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „**Sicherheit und Zusammenarbeit in der Arktis**“ des Ausschusses für die Zivile Dimension der Sicherheit sowie der Entschließungsentwurf „**Lastenteilung: Neue Aufgaben in einer neuen Zeit**“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurden vorgestellt und von der Versammlung nach einer Aussprache angenommen.

Der Entschließungsentwurf „**Das Abschreckungsdispositiv der NATO im Osten stärken**“ des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit wurde vorgestellt und nach längerer Aussprache sowie der Annahme von zwei Änderungsanträgen von der Versammlung verabschiedet.

Der Entschließungsentwurf „**Energiesicherheit: Eine strategische Herausforderung für das Bündnis**“ des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit wurde vorgestellt und nach kurzer Aussprache mit sechzehn Gegenstimmen (unter anderem von Deutschland) und einer Enthaltung verabschiedet.

Berlin, den 24. Oktober 2019

Dr. Karl A. Lamers
Leiter der Delegation

Minister Lorenz Caffier
Leiter der Delegation des Bundesrates

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Association of Southeast Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
CREAS	Centre for Russia Europe Asia Studies
EU	Europäische Union
F&E	Forschung und Entwicklung
GPS	Globales Positionsbestimmungssystem
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IoT	Internet of Things (Internet der Dinge)
IS	Islamischer Staat
IT	Informationstechnik
KI	Künstliche Intelligenz
MAP	Membership Action Plan
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikvertrags-Organisation)
NIAG	NATO Industrial Advisory Group
NATO PV	Parlamentarische Versammlung der NATO
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RUSI	Royal United Services Institute
STRATCOM	Strategic Communication Centre of Excellence
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
VN	Vereinte Nationen

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage

E n t s c h l i e ß u n g 445

betreffend

DIE AKTUALISIERUNG DER REAKTIONEN AUF DIE HYBRIDE TAKTIK RUSSLANDS

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass sich der Kenntnisstand über die Anwendung einer hybriden Taktik von Seiten Russlands gegenüber der euroatlantischen Gemeinschaft in den letzten Jahren beträchtlich erweitert hat, aber ***eingedenk dessen***, dass diese Taktik nach wie vor eine ernsthafte Herausforderung für die euroatlantische Stabilität, Sicherheit und Einheit sowie für unsere Vision eines ganzen, freien und friedlichen Europas darstellt;

2. ***alarmiert*** über die eindeutig gegen den Westen gerichtete Agenda des Kreml und die Komplexität seines hybriden Instrumentariums, das von politischer Einmischung über die Anwendung von Gewalt, gezielte Mordanschläge, aggressive Spionagetätigkeiten, den Export von Kriminalität und Korruption, die Militarisierung von Informationen und die Durchführung von Cyber-Angriffen bis zur Anwendung von wirtschaftlichem Druck reicht;

3. ***unter Begrüßung*** der Verabschiedung der NATO-Strategie zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen beim Gipfel von Warschau 2016, der darauf folgenden Entscheidung des Brüsseler Gipfels von 2018 zur Einrichtung von Unterstützungsteams zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen sowie der Erklärung, dass es erst dann eine Rückkehr zum „Weiter so" geben kann, wenn es einen eindeutigen Wandel in den Handlungen Russlands gibt, der die Einhaltung des Völkerrechts und seiner internationalen Pflichten und Verantwortungen deutlich macht;

4. ***unter Begrüßung*** der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen sowie der wichtigen Initiativen, die von den nationalen Regierungen, traditionellen Medienunternehmen und sozialen Medien sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren unternommen werden, um den russischen Desinformationskampagnen und Cyber-Angriffen zu begegnen;

5. ***unter nachdrücklicher Verurteilung*** der Anwendung eines Nervengifts in Salisbury (Vereinigtes Königreich) und ***in Würdigung*** der Geschlossenheit und Unterstützung, die die NATO-Mitglieder gegenüber der britischen Regierung gezeigt haben;

6. ***unter Verurteilung*** der Einmischung Russlands in die jüngsten Wahlen und Referenden im euroatlantischen Gebiet und ***äußerst beunruhigt*** über die ähnliche Bedrohung für bevorstehende Wahlen sowie die Unterstützung des Kreml für die politischen Ränder des Westens;

7. ***unter Verurteilung*** des illegalen Baus der Brücke von Kertsch durch Russland, verbunden mit seiner Politik der selektiven Zugangsverweigerung und des willkürlichen Festhaltens ukrainischer und ausländischer Schiffe im Asowschen Meer, und ***äußerst beunruhigt*** durch die neuen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedrohungen für die Region;

8. ***unter erneuter Bekräftigung*** ihrer entschlossenen Unterstützung der Untersuchungen der niederländischen Behörden über den Absturz des Flugs MH17 in der Ukraine und den Kreml ***auffordernd***, sich an die Resolution 2166 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu halten, Verantwortung zu übernehmen und bei allen Bemühungen zur Herstellung von Rechenschaftspflicht in vollem Umfang zu kooperieren;

9. ***eingedenk*** von Russlands anhaltender hybrider Kriegsführung gegen Georgien, mit der die europäischen und euroatlantischen Ambitionen Georgiens untergraben und die westlichen Werte diskreditiert werden sollen;

10. ***im festen Glauben*** an die Widerstandskraft der Demokratie und die Fähigkeit offener Gesellschaften, gegen hybride Bedrohungen zu bestehen;

11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. den neuen globalen sicherheitspolitischen Gegebenheiten im nächsten strategischen Konzept der NATO Rechnung zu tragen und die hybride Bedrohung durch Russland zu berücksichtigen;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

b. die Position zu bekräftigen, dass hybride Angriffe das Recht der NATO-Mitglieder auf kollektive Verteidigung auslösen können;

c. die Erörterung hybrider Bedrohungen im Rahmen des NATO-Russland-Rates zu erwägen;

d. die Bemühungen um den Aufbau der Widerstandskraft in der Zivilgesellschaft gegenüber hybriden Angriffen jeglicher Art zu verstärken, beispielsweise durch die Überprüfung der Bildungspolitik zwecks Förderung des kritischen Denkens und der digitalen Kompetenzen von frühester Kindheit an;

e. weiterhin restriktive Maßnahmen anzuwenden, beispielsweise die Verhängung von Geldstrafen bei Hetzreden und die Aufforderung an Social-Media-Unternehmen, ihre Fähigkeiten zur Entfernung von „Fake News" und Erkennung von falschen oder automatisierten Accounts auszubauen;

f. die Einführung von gezielten Sanktionen in Solidarität mit dem Vereinigten Königreich und weiteren Mitgliedern, die unlängst Opfer von hybriden Angriffen Russlands geworden sind, zu prüfen;

g. die Kohärenz und Koordinierung zwischen zivilen und militärischen Gütern der NATO sowie auch zwischen der NATO und der EU bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen zu erweitern;

h. das strategische Bewusstsein durch Verbesserung des Austauschs nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und der Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden und die weitere Stärkung der Gemeinsamen Abteilung für Aufklärung und Sicherheit (Joint Intelligence and Security Division) der NATO zu erhöhen;

i. auch in Zukunft in die Entwicklung gut ausgebildeter Spezialkräfte vor Ort als ersten Anlaufpunkt bei Szenarien zu investieren, in denen die Nutzung von Söldnern und bewaffneten Männern ohne militärische Rangabzeichen zum Tragen kommt;

j. die koordinierte und umfassende Zusammenarbeit mit den beitrittswilligen Partnerländern auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa zur Bekämpfung von Russlands Taktik der hybriden Kriegsführung weiter zu verbessern;

k. eine kohärente und proaktive Strategie zu verfolgen, um das im Westen befindliche Vermögen korrupter russischer Eliten ins Visier zu nehmen;

l. spezielle staatliche Einheiten einzurichten und Initiativen der Medien und der Zivilgesellschaft im Bereich der Aufdeckung von „Fake News" und Entlarvung feindlicher Propaganda zu unterstützen und die vorhandenen Fähigkeiten von EU und NATO mit zusätzlichen finanziellen, technologischen und personellen Mitteln zu verstärken;

m. anzuerkennen, wie wichtig es ist, Cyber-Fähigkeiten aufzubauen, mittels derer die Verbündeten diejenigen, die ihnen im Internet schaden, sanktionieren können, und der NATO gegebenenfalls die Anwendung dieser Cyber-Fähigkeiten zur Unterstützung ihrer Operationen zu ermöglichen;

n. Wahlinfrastrukturen als strategische Infrastrukturen zu erkennen und politischen Parteien und Kandidaten Hilfestellung beim Schutz ihrer Daten und Netzwerke anzubieten;

o. Energieimporte weiter zu diversifizieren und Energieeffizienz zu fördern.

E n t s c h l i e ß u n g 446

betreffend

SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN DER ARKTIS

Die Versammlung,

1. ***beunruhigt*** über das Tempo des Klimawandels in den arktischen Regionen;

2. ***eingedenk*** der wachsenden geostrategischen Bedeutung der Arktis, da die Klimaveränderungen neue Chancen für die Schifffahrt, die Ausbeutung von Bodenschätzen, die Fischerei und den Tourismus sowie für militärische Aktivitäten schaffen;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

3. ***besorgt*** über die Tatsache, dass die Bedrohung durch einen militärischen Konflikt in der Arktis nach wie vor gering ist, aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, dass ein mögliches Übergreifen der Spannungen zwischen Russland und den NATO-Mitgliedstaaten sowie das erhöhte Engagement Chinas zu mehr strategischen Rivalitäten in der Region führen können;

4. ***Kenntnis nehmend*** vom Ausmaß und Umfang der militärischen Aufrüstung Russlands in der Arktis, darunter der Verstärkung der Nordmeer-Flotte, der Schaffung einer militärischen Infrastruktur in der gesamten Region, der Entwicklung von A2/AD (anti-access/area-denial)-Fähigkeiten und dem dramatischen Anstieg der Luft- und Unterseeboot-Aktivitäten an den NATO-Grenzen;

5. ***unter Hinweis darauf***, dass sich die NATO beim Gipfel von Warschau 2016 zur Stärkung ihres maritimen Dispositivs im Nordatlantik und zur Verbesserung der umfassenden Lagekenntnisse der NATO in der Region bekannt hat, um für die Abschreckung von und den Schutz vor potenziellen Gegnern zu sorgen, darunter auch vor Angriffen auf Seeverkehrswege und die Annäherung an das NATO-Hoheitsgebiet auf dem Seewege;

6. ***unter Begrüßung*** des Beschlusses der NATO, ein neues Atlantisches Kommando in Norfolk (US-Bundesstaat Virginia) einzusetzen;

7. ***eingedenk*** der unterschiedlichen Perspektiven unter den NATO-Mitgliedern im Hinblick auf den Umfang der NATO-Präsenz in der Arktis; gleichwohl ***in der Überzeugung***, dass die NATO in der Region einen Mehrwert bieten kann;

8. ***in dem Bewusstsein***, dass die zunehmenden menschlichen Aktivitäten in der Region schwerwiegende Bedenken in Bezug auf die menschliche Sicherheit und den Schutz kritischer wirtschaftlicher Infrastrukturen aufwerfen, insbesondere im Zusammenhang mit rauen Witterungsbedingungen und eingeschränkten Such- und Rettungsfähigkeiten;

9. ***in der Überzeugung***, dass die internationale Zusammenarbeit sowie eine enge Partnerschaft zwischen militärischem, öffentlichem und nichtstaatlichem Sektor von grundlegender Bedeutung ist, um einen angemessenen zivilen Schutz in der Arktis zu bieten;

10. ***unter Hervorhebung*** der Rolle des Arktischen Rates als wichtigstes Kooperationsinstrument in der Arktis;

11. ***unter Betonung der Tatsache***, dass im Rahmen der zwischenstaatlichen Beziehungen und wirtschaftlichen Entwicklung der Arktis das Völkerrecht – sowohl das Gewohnheits- wie auch das Fallrecht – sowie die einschlägigen internationalen Übereinkommen und Bestimmungen, darunter auch der Polar Code, eingehalten werden sollten;

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die internationalen Bemühungen in Richtung der Förderung der Zusammenarbeit in der Arktis auf verantwortungsvolle Weise zu lenken und zu verhindern, dass die Spannungen und der Wettbewerb in der Region unüberwindbar werden;

b. das strategische Dispositiv der NATO in der Arktis an die neuen sicherheitspolitischen Realitäten anzupassen, die im Bericht der Versammlung „Die NATO und die Sicherheit in der Arktis“ 2017 festgestellt wurden, und dazu beispielsweise die Arktis-Anrainerstaaten, die NATO-Mitglieder sind, bei der Entwicklung angemessener Verteidigungsgüter und -fähigkeiten zu unterstützen und mehr gemeinsame Übungen wie *Trident Juncture* zu organisieren;

c. die verbesserten Lagekenntnisse der NATO mithilfe von mehr Expertise in der Arktis-Region auszuweiten;

d. bewährte Verfahren im Bereich der Such- und Rettungsaktivitäten zu fördern und auszutauschen und zur Interoperabilität von Such- und Rettungseinheiten mithilfe gemeinsamer Übungen zwischen NATO-Staaten wie auch mit Nicht-NATO-Staaten beizutragen;

e. die konstruktive Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen Such- und Rettungsaktivitäten, Fischerei und wissenschaftliche Forschung beizubehalten und weiterzuentwickeln;

f. die Arbeit von multinationalen Rahmenorganisationen wie dem Arktischen Rat zu unterstützen und die vollumfängliche Einhaltung des Völkerrechts – sowohl des Gewohnheits- wie auch des Fallrechts –, die Umsetzung des Polar Code und die Weiterentwicklung höherer internationaler Sicherheits- und Umweltstandards für die Arktis zu gewährleisten;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

g. dafür zu sorgen, dass indigene Völker und Gemeinschaften in angemessener Weise konsultiert und diese in angemessener Weise bei Entscheidungsprozessen betreffend die Arktis-Region vertreten werden;

h. die Bemühungen um die Minimierung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Arktis zu stärken, insbesondere durch Reduzierung von Treibhausgasemissionen und die Umsetzung des Pariser Abkommens.

E n t s c h l i e ß u n g 447

betreffend

LASTENTEILUNG: NEUE AUFGABEN IN EINER NEUEN ZEIT

Die Versammlung,

1. ***besorgt*** über die für die Hoheitsgebiete und Menschen im NATO-Raum bestehenden Bedrohungen, die Frieden und Sicherheit gefährden könnten;

2. ***in Anerkennung dessen,*** dass dieses Sicherheitsproblem eine entschlossene, einheitliche und wirksame Reaktion der Verbündeten erfordert;

3. ***unter Hinweis*** auf die neuen Anpassungsmaßnahmen, die zur Abwehr dieser Bedrohungen auf den NATO-Gipfeln 2014 und 2016 in Wales und Warschau beschlossen wurden;

4. ***unter Begrüßung*** der auf dem NATO-Gipfel 2018 in Brüssel angekündigten Initiativen zur Reaktionsfähigkeit und Verstärkung, mit denen eine raschere und wirksamere Reaktion der Verbündeten auf eventuelle Notfälle im NATO-Gebiet gewährleistet werden soll;

5. ***in dem Bewusstsein,*** dass ein dynamisches und mobiles Abschreckungsdispositiv der Verbündeten deutlich höhere Investitionen erfordert;

6. ***ermutigt*** durch die kontinuierlichen Investitionen der USA in die europäische Sicherheit, etwa durch Initiativen wie die Europäische Abschreckungsinitiative (European Deterrence Initiative, EDI);

7. ***in Kenntnis der Tatsache,*** dass Abschreckung eine bündnisübergreifende Aufgabe ist, die von allen Verbündeten Investitionen und Opfer erfordert, damit die NATO in der Lage ist, angesichts wie auch immer gearteter Herausforderungen kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung und kooperative Sicherheit sicherzustellen;

8. ***unter Hinweis darauf,*** dass nach Artikel 3 des Washingtoner Vertrags alle Verbündeten die mit den Initiativen, Operationen und Aufgaben des Bündnisses verbundenen Lasten mittragen müssen;

9. ***in Erinnerung*** an die auf dem Gipfeltreffen 2014 in Wales gegebene Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich, wonach sich die Verbündeten unter anderem auf den Richtwert zubewegen müssen, mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2024 für die Verteidigung auszugeben und mindestens 20 Prozent ihres Verteidigungsetats in Großgerät einschließlich damit zusammenhängender Forschung und Entwicklung zu investieren, um die NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen und die Fähigkeitslücken der NATO zu schließen, und ***unter Hinweis darauf,*** dass die Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich nicht nur Geld, sondern auch Fähigkeiten und Engagement umfasst (cash, capabilities, and commitments), schließlich bringen die sogenannten drei Cs treffend die Solidarität der Verbündeten zum Ausdruck, die in der Tat den Grundpfeiler der Glaubwürdigkeit des Bündnisses darstellt;

10. ***ermutigt*** durch die wirtschaftliche Erholung im gesamten Bündnis, dank deren die europäischen NATO-Mitglieder und Kanada seit 2014 mehr als 87 Milliarden USD für neue Verteidigungsausgaben bereitstellen konnten;

11. ***unter Hinweis darauf,*** dass die NATO PV seit 2014 einen wichtigen und positiven Dialog zur Lastenteilung führt, der zur Herbeiführung eines politischen Konsenses dahingehend beigetragen hat, dass mehr getan werden muss, um auch für die Zukunft eine starke und leistungsfähige NATO sicherzustellen;

12. ***in Würdigung*** der Tatsache, dass bei fünf Verbündeten die Gesamtausgaben für Verteidigung inzwischen zwei Prozent des BIP übersteigen und dass 15 Verbündete die 20-Prozent-Schwelle für Neuinvestitionen erreicht oder überschritten haben;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

13. ***unter Begrüßung*** der Gemeinsamen Erklärung der NATO und der EU von 2016, mit der die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU verstärkt und die kollektiven Verteidigungsanstrengungen in Europa neu belebt wurden, unter anderem durch steigende Beiträge für den Europäischen Verteidigungsfonds und für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ), die zur Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten beitragen;

14. ***in dem Bewusstsein,*** dass die meisten Verbündeten den Richtwert des Planes für Verteidigungsinvestitionen noch erreichen müssen und dass sich die Verbündeten darauf verständigt haben, glaubwürdige nationale Pläne für seine Umsetzung vorzulegen;

15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. das schwierige und sich rasch wandelnde Sicherheitsumfeld, mit dem das Bündnis konfrontiert ist, anzuerkennen, und die nationalen Anstrengungen zur Annäherung an den Zwei-Prozent-Richtwert für Verteidigungsausgaben bis 2024, auf den sich alle Verbündeten auf dem Gipfeltreffen 2014 in Wales geeinigt haben, zu intensivieren;

b. eine Steigerung ihrer jährlichen Investitionen in neue Ausrüstung und die damit verbundene Forschung und Entwicklung auf 20 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben anzustreben, damit eine Streitkräftestruktur entsteht, die nicht nur für nationale Verteidigungszwecke optimal geeignet ist, sondern auch zu den allgemeineren Sicherheitserfordernissen des Bündnisses gemäß dem NATO-Verteidigungsplanungsprozess (Defence Planning Process, NDPP) möglichst wirksam beiträgt;

c. glaubwürdige nationale Pläne vorzulegen, aus denen hervorgeht, welche Schritte ihre Staaten unternehmen werden, um Verteidigungsinvestitionen zu sichern, die von Art und Umfang her notwendig sind, um bündnisübergreifend den sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen, die sich heute und in Zukunft der NATO stellen;

16. **BITTET** ihre Mitglieder,

a. sich mit dem NDPP vertraut zu machen, um auf diese Weise besser zu verstehen, wie positiv sich einerseits die Beiträge ihrer Länder auswirken und welche strategischen und finanziellen Vorteile andererseits mit der vertieften Abstimmung und Synchronisation bei der Verteidigungsplanung und -beschaffung verbunden sind;

b. bei ihren jeweiligen Verteidigungseinrichtungen Informationen einzuholen, wie ihr Land NATO-Anforderungen erfüllt und Mittelflüsse rationalisiert, um seine aktuellen Beiträge so wirkungsvoll wie möglich zu machen;

c. die Debatte über Verteidigungsausgaben und über die Beiträge ihrer Länder zum Bündnis mitzugestalten.

E n t s c h l i e ß u n g 448

betreffend

DAS ABSCHRECKUNGSDISPOSITIV DER NATO IM OSTEN STÄRKEN

Die Versammlung,

1. ***in der Erkenntnis,*** dass die Hoheitsgebiete und Menschen im NATO-Raum erheblichen konventionellen und hybriden Bedrohungen ausgesetzt sind, insbesondere im Osten;

2. ***in dem Bewusstsein,*** dass sich die Beziehungen zwischen der NATO und Russland auf dem tiefsten Punkt seit Ende des Kalten Krieges befinden, ***in Kenntnis*** der groß angelegten militärischen Aggression Russlands gegen Georgien im Jahr 2008, der anhaltenden rechtswidrigen Besatzung und der Maßnahmen zur faktischen Annexion der georgischen Regionen Abchasien und Zchinwali/Südossetien, und ***eingedenk dessen,*** dass die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland gegenseitige Sanktionen, scharfe Töne und ein hohes Maß an Misstrauen ausgelöst hat;

3. ***zutiefst beunruhigt*** über das zunehmend eskalierende und rücksichtslose Verhalten Russlands in Form von Cyber-Angriffen, der Gewaltanwendung gegenüber seinen Nachbarn, des Einsatzes chemischer Nervengifte für

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Mordversuche im Bündnisgebiet, sowie auch über seine schleichende Aushöhlung demokratischer Institutionen und Grundsätze durch Wahleinmischung und Desinformationskampagnen;

4. ***in Kenntnis der Tatsache,*** dass im Zuge des Meinungswandels Russlands zwischen 2010 und 2014 die NATO faktisch wieder als sein Wettbewerber bestätigt wurde und dass es die NATO-Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa als direkte Bedrohung der russischen nationalen Interessen ansieht;

5. ***besorgt*** über die Stationierung moderner A2/AD(anti-access/area denial)-Systeme durch Russland entlang der Ostflanke der NATO, die die Bewegungsfreiheit des Bündnisses behindern könnten;

6. ***unter Betonung,*** wie wichtig die verstärkte Vornepräsenz in Polen und den baltischen Staaten und die maßgeschneiderte Vornepräsenz in der Schwarzmeerregion als zentrale Verteidigungs- und Abschreckungsmaßnahmen zur Sicherung der NATO-Ostflanke sind;

7. ***unter Begrüßung*** von Georgiens Beteiligung an den strategischen Beratungen und gegenseitigen Erkenntnissen zur Sicherheit am Schwarzen Meer und von Georgiens Beitrag zu den Anstrengungen der NATO, die Sicherheit am Schwarzen Meer zu verstärken;

8. ***in Anerkennung dessen,*** dass durch die Osterweiterung der NATO strategische Optimierungen erforderlich geworden sind, speziell im Hinblick auf veraltete Infrastrukturen und bürokratische Vorschriften, die rasche Bewegungen von Truppen und Nachschub verzögern könnten;

9. ***unter Hinweis darauf,*** dass viele Hauptprobleme der NATO hinsichtlich der Infrastruktur und der die militärische Mobilität behindernden Vorschriften im Suwalki-Korridor zu finden sind, der aufgrund seiner Lage zwischen Kaliningrad und Weißrussland ein potenzielles Nadelöhr zwischen den baltischen Staaten und den übrigen östlichen Mitgliedern des Bündnisses bildet;

10. ***in Würdigung dessen,*** dass der EU-Koordinierungsausschuss für Verkehrsprojekte 1,9 Mrd. Euro in strategische Infrastrukturen in Osteuropa investiert und weitere wichtige Verbesserungen notwendiger Infrastruktureinrichtungen an der Ostflanke der NATO stattfinden, und ***in Anerkennung dessen,*** dass der Schwerpunkt nun darauf gelegt werden muss, dass die NATO und die EU vereint auf die Erreichung des gemeinsamen Ziels hinarbeiten, NATO-Streitkräfte (sowohl der EU- als auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten) so rasch wie möglich innerhalb Europas verlegen zu können;

11. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Übung „Trident Juncture 2018“ in Norwegen eine entscheidende Gelegenheit bot, die streitkräftegemeinsame NRF-Einheit in höchster Bereitschaft (VJTF) zu testen;

12. ***in Würdigung*** der Einrichtung des neuen Gemeinsamen Streitkräftekommandos der NATO für den Atlantik in Norfolk (Virginia) und der Reaktivierung der Zweiten Flotte der US-Marine als notwendige Schritte zum Schutz des Nordatlantiks;

13. die NATO-Initiative zur Reaktionsfähigkeit (Plan 30-30-30-30) als unverzichtbares Element zur Erfüllung der Anforderungen des neuen Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der NATO ***unterstützend***;

14. ***mit Lob*** für den Plan zur logistischen Unterstützung (Enablement Plan) für den Verantwortungsbereich des SACEUR als einem Mittel zur Verbesserung der Reaktionszeit der NATO-Streitkräfte im Krisenfall;

15. am zweigleisigen Ansatz der NATO gegenüber Russland aufbauend auf einer Kombination aus Abschreckung, Verteidigung und Dialog ***festhaltend***;

16. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die Reaktions- und Durchhaltefähigkeit der verstärkten Vornepräsenz der NATO in den baltischen Staaten, Polen und der Schwarzmeerregion, der VJTF und der verbesserten NATO-Reaktionskräfte weiterhin sicherzustellen;

b. bestehende rechtliche und infrastrukturelle Hindernisse für die militärische Mobilität in Europa durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU zu beseitigen;

c. in die Verbesserung strategischer Infrastrukturen als notwendige Voraussetzung für die Bekämpfung der hybriden Kriegsführung zu investieren, etwa in bessere Straßen, Brücken, Kommunikationsinfrastruktur, Häfen und Flughäfen, und die Sicherheit von Projekten im Energiebereich zu verstärken;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

d. ein Frühwarnsystem zur Aufdeckung eines möglichen Eindringens in den strategisch äußerst wichtigen Suwalki-Korridor zu entwickeln sowie eine Infrastruktur für die rasche Verlegbarkeit und Durchhaltefähigkeit von Truppen und die erforderliche Truppenstärke zur Verteidigung dieser lebenswichtigen Landverbindung zu den Baltischen Staaten aufzubauen;

e. den Dialog zu vertiefen und Georgien im Rahmen der maßgeschneiderten Vornepräsenz der NATO einzubinden;

f. die Umsetzung der NATO-Initiative zur Reaktionsfähigkeit, die zur Erfüllung der Anforderungen des neuen Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs der NATO und seiner Durchsetzung unverzichtbar ist, zu fördern;

g. ihr anhaltendes Engagement für den Plan zur logistischen Unterstützung (Enablement Plan) für den Verantwortungsbereich des SACEUR, mit dem die Rechtsvorschriften und Verfahren sowie die Führung verbessert und die Transportkapazität erhöht werden sollen, unter Beweis zu stellen;

h. Defizite bei den Streitkräften zu beseitigen, schnellere Verlegungszeiten zu erreichen und die für die Durchhaltefähigkeit der entsandten Streitkräfte notwendigen Ressourcen bereitzustellen;

i. dafür zu sorgen, dass das Bündnis über die notwendigen Mittel verfügt, um Verbündete in einem A2/AD-Umfeld zu stärken, gegebenenfalls durch den Erwerb moderner Kampfjets, Störsysteme und Präzisions-Raketensysteme mit größerer Reichweite;

j. sich zur Bereitstellung von Mitteln für Notfallpläne des Bündnisses zu verpflichten, darunter auch für die Streitkräftekontingentierung im Rahmen der abgestuften Reaktionspläne (Graduated Response Plans) gegen Bedrohungen aus dem Osten.

E n t s c h l i e ß u n g 449

betreffend

CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN AUF EINER SICH VERÄNDERNDEN WELTRAUMBÜHNE

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass der Weltraum eine kritische Bühne für den globalen Wettbewerb und die globale Zusammenarbeit, eine Bastion der globalen Wirtschaft und technologischen Entwicklung und eine wichtige wissenschaftliche Grenze bildet;

2. ***überzeugt,*** dass der Weltraum zu einem wichtigen militärischen Schauplatz mit weltraumgestützten Satelliten geworden ist, der eine sehr wichtige Rolle für Boden-, See- und Luftstreitkräfte vieler nationaler Streitkräfte einschließlich der NATO-Mitglieder spielt;

3. ***feststellend,*** dass der Weltraumsektor aufgrund von Digitalisierung, Miniaturisierung von Komponenten und die immer wichtiger werdende Rolle privater Akteure grundlegenden Veränderungen unterworfen ist;

4. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass der so genannte *new space* enormen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen verspricht, aber auch neue Risiken birgt;

5. ***unter Bekräftigung der Tatsache,*** dass zu diesen Risiken die potenzielle Präsenz von böswilligen Akteuren, die Entwicklung von Waffensystemen, die im All und von der Erde aus operieren, die Störungsanfälligkeit von Kommunikation – von der Erdbeobachtung und digitalen Weltraumarchitektur bis zu Cyber-Angriffen und sogar physischen Angriffen – sowie die Verbreitung von menschengemachtem Abfall in wichtigen Umlaufbahnen gezählt werden müssen;

6. ***besorgt*** über den zunehmend destabilisierenden Charakter der chinesischen und russischen Programme zur Kriegführung im Weltraum, wozu auch Chinas verstärkter Einsatz von Satellitenabwehrfähigkeiten (ASAT) und Russlands Fähigkeiten zur Störung (Jamming) und Täuschung (Spoofing) bei Satelliten zählen;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

7. die internationale Zusammenarbeit im Weltraum in verschiedenen Bereichen, z. B. den Zugang zu Trägerraketen, den Austausch von Informationen über Unglücksfälle bei Trägersystemen und im Weltraum sowie wissenschaftliche Projekte wie die ISS und der Mars-Rover ***mit Beifall zur Kenntnis nehmend***;

8. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass NATO-Operationen in hohem Maße von nationalen Weltraumfähigkeiten in allen Bereichen abhängen, d. h. von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen über Bodenüberwachung, Navigation, Frühwarnsysteme und Radar bis zum Katastrophenmanagement;

9. die übergreifende Weltraumpolitik, deren Entwicklung beim Brüsseler Gipfel 2018 die NATO zugestimmt hat, und das Bekenntnis der NATO-Mitglieder zur Förderung der Nichtmilitarisierung des Weltraums ***mit Beifall zur Kenntnis nehmend***;

10. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die Notwendigkeit besteht, die internationalen Gesetze über Weltraumoperationen in Bezug auf Fragen wie die Militarisierung des Weltraums, den Weltraumbergbau und die Verursachung von Abfall zu aktualisieren;

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. sich dafür einzusetzen, dass der Weltraum ungeachtet seiner Bedeutung für nationale militärische Einrichtungen und Nachrichtendienste ein Bereich der globalen Kooperation bleibt;

b. die Etablierung gemeinsamer Regeln und Normen, die eine effektivere Steuerung der globalen Gemeinschaftsgüter im Weltraum ermöglichen, prioritär zu behandeln, da diese Gemeinschaftsgüter von immer mehr staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren genutzt werden;

c. die Regeln und Normen zu stärken, mit denen das Problem des Abfalls in den Umlaufbahnen, in denen wichtige Satellitensysteme operieren, verringert werden soll, beispielsweise durch strenge Auflagen für das Testen und den Einsatz von Antisatellitenwaffensystemen;

d. die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen zu vertiefen, um dafür zu sorgen, dass ihre Satelliten vor Cyber-Angriffen aller Art geschützt werden;

e. effektivere Foren unter Einbeziehung wichtiger Akteure im Weltraum zu entwickeln mit dem Ziel, einen zielführenden Dialog und zielführende weltraumpolitische Entscheidungen zu fördern;

f. die NATO aufzufordern, eine zielgerichtete Weltraumpolitik und den Austausch von Interoperabilität und Fähigkeiten im gesamten Bündnis zu entwickeln, und zwar nicht nur deshalb, weil der Weltraum die Konfliktlinie der Zukunft sein wird, sondern auch, weil die NATO-Fähigkeiten in immer stärkerem Maße von weltraumgestützten Mitteln abhängen.

E n t s c h l i e ß u n g 450

betreffend

ENERGIESICHERHEIT: EINE STRATEGISCHE HERAUSFORDERUNG FÜR DAS BÜNDNIS

Die Versammlung,

1. ***in der Erkenntnis,*** dass die Energiesicherheit für das Nordatlantische Bündnis ein wichtiges Anliegen darstellt, da eine übermäßige Abhängigkeit Europas von einem einzelnen Energielieferanten die NATO-Mitglieder strategisch anfällig macht;

2. ***in Würdigung dessen,*** dass die Europäische Kommission die undurchsichtige Preisgestaltung beim russischen Gasmonopol untersucht und Anstrengungen zur besseren Vernetzung der Energiemärkte unternommen hat;

3. ***mit Unterstützung für*** die Anstrengungen der Europäischen Kommission zur Reform der europäischen Energiemärkte durch die Einführung von Liberalisierungsmaßnahmen, den Aufbau neuer Verbindungen bei den Energieinfrastrukturnetzen und die Missbilligung der monopolistischen Rohstoffpreisgestaltung durch Russland;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

4. ***in Anerkennung dessen,*** dass neue Fernleitungsnetze wie der südliche Gaskorridor von Aserbaidschan nach Südeuropa und die geplante EastMed-Gaspipeline vom südöstlichen Mittelmeer nach Europa einen wichtigen Beitrag zur kollektiven Energiesicherheit leisten können;

5. ***unter Hinweis darauf,*** dass sich durch die Fortschritte beim Fracking, beim Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) und den erneuerbaren Energien zumindest zum Teil eine Alternative zu Energien bietet, die über instabile Weltregionen bezogen werden;

6. ***in dem Bewusstsein,*** dass Russlands Einsatz von Erdgas als politisches Druckmittel, als das es 2006 und 2009 gegen die Ukraine eingesetzt wurde, größere Versorgungsunterbrechungen in Europa auslösen kann;

7. ***zutiefst beunruhigt*** über die destabilisierende Wirkung und unzulässige Einflussnahme, die eine übermäßige Abhängigkeit von russischer Energie für Europa und das Bündnis zur Folge haben kann, insbesondere zumal Russland aktiv Wahleinmischung im Ausland sowie andere Arten politischer Ablenkungsmanöver betreibt, während es die Krim weiter besetzt hält und unter russischem Kommando stehende militärische Kräfte in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine in den Regionen Donezk und Lugansk unterstützt;

8. ***in dem Bewusstsein,*** dass konventionelle Gefährdungen der Energieinfrastruktur durch staatliche und nichtstaatliche Akteure weiterhin eine Hauptsorge der NATO-Mitglieder darstellen;

9. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Energiesicherheit zwar in erster Linie Sache der Regierungen und internationalen Institutionen wie der Europäischen Union und der Internationalen Energie-Agentur ist, die NATO aber dennoch einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Energiesicherheit im gesamten Bündnis leisten kann;

10. ***unter Begrüßung*** der Bemühungen der NATO, Aspekte der Energiesicherheit in ihre strategische Vision einzubeziehen und kritische Energie-Infrastrukturen vor physischen oder Cyber-Attacken zu schützen;

11. ***in Kenntnis der Tatsache,*** dass einzelne Mitglieder zwar unterschiedliche Ansichten vertreten, wie Energiesicherheit am besten zu gewährleisten ist, das Bündnis sich aber weiter entschieden für die Förderung eines sicheren, bezahlbaren und ungestörten Energietransfers in Europa und Nordamerika einsetzt;

12. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. Transparenz, Diversifizierung und Sicherheit innerhalb der europäischen Energiemärkte und im gesamten Nordatlantikraum zu fördern;

b. entsprechend in erneuerbare Energien und andere Energiesektoren zu investieren, die zumindest zum Teil eine Alternative zu russischem Gas und Öl darstellen;

c. sich dafür einzusetzen, dass mehr Öl und Gas aus dem Kaukasus, Zentralasien und dem östlichen Mittelmeerraum auf den europäischen und den Weltmarkt gelangt, und zu ermitteln, welche potenziell rentable und sichere Infrastruktur dies ermöglichen könnte;

d. für Cyber-Attacken auf Energieinfrastrukturen gewappnet zu sein;

e. Korruption im Energiesektor zu bekämpfen;

f. durch den Bau von mehr Verbindungsleitungen und LNG-Drehscheiben zu zeigen, dass sie für mehr Solidarität und Sicherheit eintreten, und sich gleichzeitig für eine noch stärkere Integration der Stromnetze einzusetzen;

g. dafür zu sorgen, dass die Ukraine trotz der russischen Bemühungen, sowohl Pipelines an diesem Land vorbei zu bauen als auch das Risiko für Investitionen in die ukrainische Energiewirtschaft nach oben zu treiben, hinsichtlich seiner Energiesicherheit nicht isoliert ist.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E n t s c h l i e ß u n g 451

betreffend

STÄRKUNG DES BEITRAGS DER NATO ZUR BEWÄLTIGUNG DER HERAUSFORDERUNGEN AUS DEM SÜDEN

Die Versammlung,

1. ***unter Betonung,*** dass eine sichere, wirtschaftlich und sozial stabile Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) von strategischer Bedeutung für das Bündnis ist;

2. ***in der Erkenntnis,*** dass die Grundursachen, die die instabile Konfliktlage in der Region verschärfen, ein breites Spektrum wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Probleme sowie ineffiziente Regierungsführung umfassen;

3. ***in Anerkennung dessen,*** dass die Instabilität in dem Gebiet massive Migrationsbewegungen in Richtung der Mitgliedstaaten und der Grenzen der Region ausgelöst hat, die in diesen Ländern eine mögliche Ursache für Instabilität darstellen;

4. ***in Anerkennung dessen,*** dass dem Bündnis als Organisation die Instrumente fehlen, die nötig wären, um diese Grundursachen für die Radikalisierung anzugehen;

5. ***gleichwohl darauf hinweisend,*** dass die NATO mit ihrem politischen Dialog und besonders durch ihre Unterstützung der Partnerländer des Mittelmeerdialogs (Mediterranean Dialogue, MD) und der Istanbuler Kooperationsinitiative (Istanbul Cooperation Initiative, ICI) durchaus einen wichtigen Beitrag zur Stabilität der MENA-Region leistet;

6. ***in Anerkennung*** der zentralen Rolle der Operation Barkhane für die euroatlantische Sicherheit;

7. ***erschüttert*** über das Vorgehen des Regimes von Baschar al-Assad gegen die eigene Bevölkerung, wozu auch der grausame Einsatz von Chemiewaffen zählt, jedoch ***sich dessen bewusst,*** dass nur eine politische Verhandlungslösung auf der Grundlage der Resolution 2254 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eine dauerhafte Lösung des Konflikts herbeiführen kann;

8. ***in Würdigung*** der irakischen Sicherheitskräfte und der irakischen Regierung für ihren Erfolg gegen den IS und für die Wiederherstellung der souveränen Kontrolle über das gesamte irakische Staatsgebiet, jedoch ***sich dessen bewusst,*** dass der IS und andere terroristische Organisationen eine ernsthafte Bedrohung bleiben, solange nicht die Grundursachen für die Radikalisierung angegangen werden;

9. ***unter Betonung,*** dass der Krieg in Syrien und die Instabilität im Irak auch weit über deren Grenzen hinaus stark destabilisierend wirken und die ohnehin angespannte Sicherheitslage in der MENA-Region und darüber hinaus noch verschärfen und die transatlantische Sicherheit insgesamt beeinträchtigen;

10. ***in Anerkennung dessen,*** dass der VN-Aktionsplan für Libyen noch nicht umgesetzt wurde, was hauptsächlich an Aktivitäten ausländischer Akteure liegt, die konkurrierende Ziele verfolgen und rivalisierende Splittergruppen unterstützen;

11. ***in Anerkennung dessen,*** dass hybride Strategien nicht ausschließlich gegen unsere Länder eingesetzt werden und dass wir uns auf ihren möglichen Einsatz durch unterschiedliche Gegner einstellen müssen, von denen einige womöglich aus dem Süden kommen;

12. ***unter Hinweis darauf,*** dass die angespannte Sicherheitslage in Nordafrika nicht nur durch Entwicklungen in der Region selbst beeinflusst wird, sondern auch durch ein Übergreifen aus anderen Teilen Afrikas, und dass wir nicht vergessen dürfen, dass eine ernsthafte terroristische Bedrohung mit Ursprung in der Region existiert, die eine stärkere Beachtung des Südens erfordert;

13. ***in Anerkennung*** der Anstrengungen, die bisher von Spanien, Italien, Griechenland und anderen Ländern angesichts des von der Unsicherheit und Instabilität in Nordafrika herrührenden Migrationsproblems unternommen wurden, und der Notwendigkeit, diesen Ländern bei der Bewältigung der Migrationsströme in nachhaltiger und nichtdiskriminierender Weise Hilfe und Unterstützung zu bieten;

14. ***unter Begrüßung*** der von den Staats- und Regierungschefs des Bündnisses 2018 auf dem Gipfeltreffen in Brüssel gefassten Beschlüsse, das Verhältnis zu den NATO-Partnern im Süden enger und dynamischer zu gestalten, und ***unter Betonung,*** wie wichtig das NATO-Koordinierungszentrum für den Süden ist, damit das Bündnis ein besseres Bewusstsein und Verständnis für die Bedrohungen erlangt, die vom Nahen Osten und von Afrika ausgehen;

15. ***unter Hinweis darauf,*** dass die Zusammenarbeit der NATO mit der Afrikanischen Union integraler Bestandteil des Rahmenwerks für den Süden wie auch der Anstrengungen des Bündnisses zur Projektion von Stabilität ist;

16. ***unter Betonung der Tatsache,*** dass 22 der 29 Verbündeten auch Mitgliedstaat der Europäischen Union sind, die in der MENA-Region die gleichen Interessen verfolgt, und ***in Anerkennung dessen,*** dass die EU für die Wirtschaftsförderung und die Stärkung von guter Regierungsführung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten im Nahen Osten und in Afrika eine wichtige Rolle spielt, sowie der in der Region von der EU unternommenen Anstrengungen im Wege der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit für die Sicherheit unserer Verbündeten wichtigen Missionen, wie etwa EUTM Mali, EUTM RCA und EUTM Somalia;

17. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die NATO-Partnerländer in der MENA-Region beim Kapazitätsaufbau und anderen verteidigungsbezogenen Aktivitäten, die den Partnern bei der Schaffung professioneller und rechenschaftspflichtiger Sicherheitsbehörden helfen, weiterhin zu unterstützen, da dies für die Stärkung der Stabilität der Partnerländer und der MENA-Region insgesamt von zentraler Bedeutung ist;

b. angemessene finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen, um die NATO-Ausbildungsmission ohne Kampfauftrag im Irak durchzuführen, und die irakische Regierung aufzufordern, die Defizite bei der guten Regierungsführung anzugehen;

c. ein gemeinsames, abgestimmtes Konzept der Verbündeten zur Herbeiführung einer politischen Lösung des Syrien-Krieges zu erarbeiten, das für alle maßgeblichen Akteure akzeptabel ist und bei dem das Assad-Regime für seine Menschenrechtsverletzungen und den Einsatz von Chemiewaffen zur Verantwortung gezogen wird;

d. sich auf eine gemeinsame Politik gegenüber Libyen bei der Unterstützung im Verteidigungsbereich und dem Aufbau von Sicherheitsbehörden zu verständigen sowie ihren diplomatischen Einfluss zu nutzen, um die Beteiligten im Land zur Umsetzung des VN-Aktionsplans zu zwingen;

e. die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Europäischen Union in der MENA-Region auszubauen und zu vertiefen, unter anderem durch eine Unterstützung der Partner beim Aufbau ihrer Kapazitäten und durch Förderung ihrer Resilienz;

f. der NATO zu ermöglichen, auszuloten, wie sie ihre Beziehungen zu Regionalorganisationen ausbauen und vertiefen kann, um deren Fähigkeiten zu verbessern, auf Sicherheitsbedrohungen in der MENA-Region und anderen Teilen Afrikas zu reagieren.

g. die Arbeitsfähigkeit des NATO-Koordinierungszentrums für den Süden in Neapel (NATO Strategic Direction South-Hub) weiter zu verbessern;

h. zu überlegen, wie die NATO die militärische Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten verstärken kann, um die G5-Sahel-Staaten zu stabilisieren.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

E n t s c h l i e ß u n g 452

betreffend

DIE SICHERUNG VON WAHLEN IM BÜNDNIS

Die Versammlung,

1. ***darüber besorgt,*** dass Russlands aggressive Handlungen, beispielsweise die Androhung und Anwendung von Gewalt sowie hybride Operationen, die euroatlantische Sicherheit und die auf Regeln beruhende internationale Ordnung untergraben;

2. ***in Anerkennung der Tatsache,*** dass die russischen Cyber- und Informationsoperationen für die Sicherheit der NATO-Mitglieder eine strategische Herausforderung insgesamt darstellen;

3. ***unter Hinweis auf*** die Gründungsprinzipien der NATO, d. h. Demokratie, Freiheit der Person und Herrschaft des Rechts;

4. ***unter nachdrücklicher Hervorhebung*** der Notwendigkeit, die Institutionen zu bewahren, die Demokratien stark machen, beispielsweise Pressefreiheit, Meinungs- und Redefreiheit sowie freie und faire Wahlen;

5. jegliche ausländische Versuche, Wahlen und andere demokratische Prozesse einschließlich Referenden zu untergraben, ***unmissverständlich verurteilend***;

6. die jüngsten gezielten Angriffe Russlands auf Wahlen und Referenden in den NATO-Mitgliedstaaten und -Partnerstaaten sowie seine Versuche insgesamt, die Demokratien in Europa und Nordamerika zu destabilisieren, ***auf das Schärfste verurteilend***;

7. ***überzeugt*** von der Notwendigkeit, jegliche ausländische Einmischung in Wahlen und andere demokratische Prozesse zu verhindern oder, falls dies nicht gelingt, sich auf eine solche Einmischung vorzubereiten und gegen sie zu wappnen, und zwar durch die Entwicklung ressortübergreifender und gesamtgesellschaftlicher Ansätze sowie nationale und internationale Reaktionsmaßnahmen auf allen Ebenen, in allen Foren und über alle Kanäle;

8. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. regelmäßige Risikoabschätzungen bezüglich der Wahlinfrastrukturen durchzuführen und sämtliche Lücken oder Schwachpunkte zu beseitigen;

b. Vorwahlprozesse gegen die potenzielle Einmischung in Wahlen zu institutionalisieren;

c. die Anordnung von Sicherheitsüberprüfungen nach den Wahlen zu erwägen;

d. eine angemessene Finanzierung und Unterstützung für Wahlgremien zur Verfügung zu stellen;

e. die Möglichkeit zu prüfen, Wahlinfrastrukturen als kritische Infrastruktur zu kennzeichnen;

f. spürbare und glaubwürdige Konsequenzen im Fall der Einmischung aus dem Ausland zu skizzieren, beispielsweise mithilfe von rechtlichen Schritten und Sanktionen;

g. die Möglichkeit zu nutzen, gegebenenfalls Konsultationen nach Artikel 4 NATO-Vertrag zu führen;

h. öffentlich-private Partnerschaften und den Kontakt mit der Zivilgesellschaft, mit privaten Unternehmen und mit Medien in Bezug auf die Einmischung bei Wahlen weiterzuentwickeln;

i. die für den demokratischen Prozess zentralen nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen, z. B. politische Parteien und Kampagnen, aufzufordern, verschärfte Cyber-Sicherheits-Maßnahmen zu treffen, gegebenenfalls mit staatlicher Unterstützung;

j. bessere Verfahren zur Informationsweitergabe mit dem nichtstaatlichen Sektor in Bezug auf Cyber-Bedrohungen und hybride Bedrohungen zu entwickeln;

k. die Verteidigungs- und Sicherheitsstrategien, politischen Maßnahmen und Institutionen auf nationaler Ebene, NATO-Ebene, EU-Ebene und darüber hinaus im Bereich der Cyber-Bedrohungen und hybriden Bedrohungen weiterzuentwickeln;

l. klare und gut umsetzbare Protokolle und Aktionspläne sowie Zuständigkeiten und Koordinierungsstrukturen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu entwickeln, um Reaktionsmaßnahmen im Falle der Einmischung bei Wahlen zu beschleunigen;

m. die Zusammenarbeit bei Cyber-Bedrohungen und hybriden Bedrohungen mithilfe der strategischen Partnerschaft zwischen NATO und EU zu systematisieren und zu institutionalisieren;

n. die politische Bildung und Medienkompetenz in Bezug auf die Bedrohung durch die Einmischung aus dem Ausland in demokratische Prozesse zu fördern;

o. für mehr Transparenz im Bereich der Social Media und einen vernünftigen Zugang für unabhängige Wissenschaftler zu den Daten von Social Media zu sorgen;

p. auch weiterhin zu prüfen, ob Social-Media-Aktivitäten oder -Unternehmen reguliert werden sollten, um Schutz vor der Einmischung in demokratische Prozesse aus dem Ausland zu bieten;

q. zu prüfen, inwieweit die Transparenz von politischer Werbung in Social Media erhöht werden kann und ob es möglich ist, aus dem Ausland bezahlte politische Werbung über Social Media zu verbieten;

r. Gespräche unter Journalisten über die Nutzungsstandards für Material von zweifelhafter Herkunft sowie über die potenziellen Motive, die hinter einer Quelle stehen, zu fördern;

s. unabhängige Faktencheck-Initiativen zu fördern und zu unterstützen;

t. sich an öffentlichen Aufklärungskampagnen über die Bedrohung durch die Einmischung in Wahlen aus dem Ausland und Fälle der versuchten oder erfolgreichen Einmischung zu beteiligen;

u. die Intensivierung der Forschung über Cyber- und Informationsoperationen zu fördern und effektive Instrumente zu entwickeln und dabei die künstliche Intelligenz, Big-Data-Analytik und weitere neue Technologien sorgfältig zu beobachten.

E n t s c h l i e ß u n g 453

betreffend

DIE BEWAHRUNG DES VORSPRUNGS IN WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE UND DIE ERHÖHUNG DER AGILITÄT DES BÜNDNISSES

Die Versammlung,

1. ***in Anerkennung der Tatsache***, dass sich das Bündnis in einer neuen und dynamischen strategischen Realität wiederfindet, die durch zunehmende Ungewissheit, Instabilität und Gefahren gekennzeichnet ist;

2. ***angesichts*** eines Zeitalters des rasanten technologischen Wandels, der mit einer sich verändernden wissenschaftlichen und technologischen Landschaft und neuen Technologien einhergeht, die das globale strategische Gleichgewicht sprengen könnten;

3. ***unter Hinweis auf*** das entschiedene Bekenntnis der NATO, gemeinsam potenzielle Aggressionen abzuschrecken und, falls dies nicht gelingt, sich kollektiv zu verteidigen;

4. ***unter Hervorhebung*** der Tatsache, dass es von entscheidender Bedeutung ist, über modernste Fähigkeiten zu verfügen, um die Ziele der NATO zu erreichen und ihre Kernaufgaben zu erfüllen;

5. ***unter Betonung der Tatsache***, dass der konkurrenzlose Vorsprung der NATO im Bereich Wissenschaft und Technologie die Lebensader der aktuellen und zukünftigen Fähigkeiten ist;

6. ***darüber besorgt***, dass der Vorsprung in den Bereichen Wissenschaft und Technologie schwindet, was zu erhöhten Risiken für die Glaubwürdigkeit des Bündnisses und ihre Handlungsspielräume führt;

7. ***unter Hervorhebung der Tatsache***, dass eine effektive Wissenschaft und Technologie von umfassenden und nachhaltigen Investitionen und fortwährenden organisatorischen Anpassungsmaßnahmen abhängt;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

8. ***unter Begrüßung*** der jüngsten Erhöhungen bei den Verteidigungsausgaben im Bündnis, aber ***besorgt über*** die fortwährende Stagnation im Bereich der Haushalte für verteidigungsbezogene Wissenschaft und Technologie und Forschung und Entwicklung;

9. ***zur Kenntnis nehmend***, dass Wissenschaft und Technologie bei der NATO ein entscheidender Weichensteller für die Bewahrung des Vorsprungs in Wissenschaft und Technologie im Bündnis sind, die bei der verteidigungsbezogenen Wissenschaft und Technologie in den einzelnen NATO-Mitgliedstaaten einen bedeutenden Mehrwert leisten, vor allem in Bezug auf die Lastenverteilung, beim Kapazitätsaufbau sowie bei Interoperabilität und Standardisierung;

10. ***unter höchster Wertschätzung*** für die entscheidende Rolle, die der Wissenschafts- und Technologieorganisation (STO) und den weiteren Mitgliedern der Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO zukommt;

11. ***unter Begrüßung*** der wichtigen Schritte im Hinblick auf die Erhöhung der Effektivität, Bezahlbarkeit und Kohärenz von Wissenschaft und Technologie der NATO seit der entsprechenden NATO-Reform von 2012;

12. die höchst produktive Interaktion zwischen dem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie der Parlamentarischen Versammlung der NATO und der Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO, vor allem in Form der Absichtserklärungen mit dem Leitenden Wissenschaftler und dem Vorsitzenden der NATO-Industrieberatergruppe (NIAG) ***zur Kenntnis nehmend***;

13. ***in Anerkennung*** der Notwendigkeit der Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Kenntnisse auf parlamentarischer Ebene;

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der NATO-Mitgliedstaaten und die Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO **NACHDRÜCKLICH AUF**,

a. die nationalen Bemühungen um das Erreichen des Zwei-Prozent-Richtwerts für Verteidigungsausgaben bis 2024 wie von allen NATO-Mitgliedern beim Gipfel von Wales 2014 vereinbart zu verstärken und mindestens 20 Prozent ihrer gesamten Verteidigungsausgaben für die Beschaffung neuer Ausrüstungsgegenstände sowie Forschung und Entwicklung aufzuwenden;

b. die Anpassungsmaßnahmen an die sich verändernden strategischen und wissenschafts- und technologiebezogenen Realitäten auf nationaler und auf NATO-Ebene fortzuführen;

c. das gesamte Potenzial der Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO zu nutzen und zu diesem Zweck a) die militärische Relevanz, Kohärenz, Ressourcennutzung und Synergien zu verbessern, b) den Verteidigungsplanungsprozess der NATO zu einem Schwerpunkt zu machen, c) den aktiven, frühzeitigen und systematischen Austausch mit allen NATO-Akteuren im Bereich Wissenschaft und Technologie zu verbessern, insbesondere mit der militärischen Gemeinschaft und der Verteidigungsindustrie, und d) das parlamentarische Engagement in den nationalen Parlamenten und im Rahmen der NATO PV zu erhöhen;

d. für mehr Vielfalt in der Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO zu sorgen und zu diesem Zweck a) die Alters- und Geschlechterausgewogenheit im Expertennetzwerk der Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO zu verbessern und b) neue Netzwerke in neuen Wissenschafts- und Technologiebereichen zu entwickeln;

e. die Agilität von Wissenschaft und Technologie der NATO zu erhöhen und zu diesem Zweck a) einen strategischeren wissenschafts- und technologiebezogenen Ansatz zu entwickeln und b) die qualifiziertesten Wissenschaftler und Ingenieure für Wissenschaft und Technologie in der NATO zur Verfügung zu stellen, c) eine agile, innovative und risikotolerante Denkweise zu fördern, beispielsweise durch den Austausch bewährter Verfahren in der gesamten Wissenschafts- und Technologiegemeinschaft der NATO, d) neue politische Instrumente zu entwickeln, um neue Technologien zu nutzen, e) Finanzinstrumente für Startkapital zur Unterstützung von Technologie-Demonstrationen und raschen Studien zu nutzen, f) ein verbessertes Informationsmanagementsystem zu entwickeln, auch auf höheren Klassifikationsebenen, und g) Interessengemeinschaften zu fördern und Aktivitäten mit Schwerpunkt auf Autonomie, Big Data und künstlicher Intelligenz sowie auf Operationen in einem umkämpften städtischen Umfeld zu verstärken;

f. den Wert von Wissenschaft und Technologie für die militärische Gemeinschaft deutlich zu machen und zu diesem Zweck a) die Quantität und Qualität von Prototypen, Demonstrationen, Tests und Experimenten zu erhöhen und b) bessere Prozesse und Instrumente zur Eingliederung von Wissenschaft und Technologie in operativen Situationen zu entwickeln;

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

g. das strategische Engagement und die Kommunikation zu verbessern und zu diesem Zweck a) zielführende, frühzeitige und gezielte Unterstützung und Beratung für NATO-Einheiten und Führungsebenen anzubieten und b) den Einfluss und die Bedeutung von Wissenschaft und Technologie für NATO-Einheiten und Führungsebenen herauszustellen;

h. die Organisation für Wissenschaft und Technologien zu stärken und zu diesem Zweck a) eine vollständige Überprüfung der Arbeitsbelastung, Anforderungen, personellen Ausstattung und Organisation vor dem Hintergrund der neuen strategischen und wissenschafts- und technologiebezogenen Realitäten und des erhöhten Bedarfs an wissenschafts- und technologiebezogenen Aktivitäten in der NATO vorzunehmen und b) eine gründliche Analyse der organisatorischen und finanziellen Modelle des Zentrums für Maritime Forschung und Erprobung (CMRE) durchzuführen, um das Zentrum für die Erfüllung seiner Aufgaben in einer Zeit zu wappnen, in der die NATO ihre maritimen Fähigkeiten stärken muss;

i. Wissenschaft und Technologie in der NATO im Rahmen von Missionen zu evaluieren und zu diesem Zweck a) auf den wissenschafts- und technologiebezogenen Strategien, Prioritäten und vorrangigen Ziele der NATO 2018 und dem NATO-Verteidigungsplanungsprozess aufzubauen und b) die wissenschafts- und technologiebezogenen Arbeitsprogramme der NATO regelmäßig zu analysieren, um Lücken festzustellen und die Tauglichkeit der Programme zu verbessern;

j. die Transparenz bei den Investitionstrends in den Bereichen Wissenschaft und Technologie und Forschung und Entwicklung zu erhöhen und zu diesem Zweck a) diese Trends unter den NATO-Mitgliedern und NATO-Einheiten auf klassifizierter Ebene sichtbarer zu machen und b) eine ernsthafte Diskussion über die Veröffentlichung von Statistiken über die Ausgaben des Bündnisses in den Bereichen Wissenschaft und Technologie und Forschung und Entwicklung zu führen.

Vorabfassung – wird durch die endgültige Fassung ersetzt.